Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.) durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 15600. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den kreisseitigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Mittwoch, den 28. September 1927 — Nummer 227

Die neue Beamtenbesoldung

Demonstration der Arbeiter gegen den Hindenburgrummel / Schluß in Genf / Briand vorzeitig abgereist / Eisenbahn-Unglück in Halle, 17 Verletzte

Ein Betrug an der unteren Beamtenschaft

Berlin, 27. September. (Telunion.)

Die „Peko" (Beamtenkorrespondenz) veröffentlicht bereits jetzt den endgültigen, dem Reichsrat unter dem 22. September zugegangenen Entwurf des Reichsbesoldungsgesetzes, soweit er die für die Beamten in den einzelnen Gruppen vorgesehenen Gehaltsätze enthält. Für die einzelnen Gruppen ergeben sich nach dem Entwurf folgende Zahlen:

Gruppe 1. Ministerialräte, Konsule, Direktoren: 8400—9600—10 600—11 600—12 600 Mk. Wohnungsgeld 3 in Stufe 1—2, Wohnungsgeld 1 ab Stufe 3.

Gruppe 2a. Oberregierungsräte: 5400—6000—6600—7100—7600—8100—8600—9100—9600 Mk.; Wohnungsgeld 3.

Gruppe 2b. Regierungsräte, Ministerialamtmänner als Vorsteher, Postdirektoren: 4800—5200—5600—6000—6400—6800—7200—7500—7800 Mark; Wohnungsgeld 3 bei Zulage 4 in Stufe 1—3, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 4.

Gruppe 2c. Ministerialamtmänner 4800—5200—5600—6000—6400—6800—7200—7500—7800 Mk.; Wohnungsgeld 4 in Stufe 1—3, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 4.

Gruppe 3a. Regierungsräte als Mitarbeiter, Regierungsbaumeister: 4500—4900—5300—5700—6100—6500—6900—7200—7500—7800 Mk.; Wohnungsgeld 4 in Stufe 1—3, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 4.

Gruppe 3b. Verwaltungsamtmänner, Postamtmänner, Bewerber mit den Bezügen der Besoldungsgruppe (aX, nach der alten Besoldung) behalten ihre Besoldungsdienstalter. Die Stufen sind 4800—5200—5600—6000—6400—6700—7000; Wohnungsgeld 4 in Stufe 1—3, Wohnungsgeld 3 ab Stufe 4.

Gruppe 4a. Regierungsoberinspektor und Obersekretär beim Versicherungsamt, Patentamt; in Besoldungsgruppe a7 bleibt das bisherige Besoldungsdienstalter im günstigsten Falle eines von 10 Jahren. In Besoldungsgruppe a8 ist das Dienstalter um 4 Jahre verbessert, im günstigsten Falle beträgt es 14. In Besoldungsgruppe a9 ist das Dienstalter um 8 Jahre verbessert. (Es handelt sich hier um die alten Bezeichnungen.) Die Stufen sind: 3000—3300—3600—3900—4200—4450—4700—4950—5200—5450—5700 Mk.; Wohnungsgeld 5 in Stufe 1—3, Wohnungsgeld 4 ab Stufe 4.

Gruppe 4b. Oberregierungssekretär, technischer Inspektor, Telegraphensekretär, Postmeister: Besoldungsgruppe a7 bisheriges Besoldungsdienstalter im günstigsten Falle 14 Jahre, Besoldungsgruppe a8 vier Jahre verbessert, Besoldungsgruppe a9 zehn Jahre verbessert. Die Stufen sind 2800—3050—3300—3550—3800—4000—4200—4400—4600—4800—5000 Mk. Wohnungsgeld bei Stellenzulage 4, Wohnungsgeld 5 in Stufe 1—3, Wohnungsgeld 4 ab Stufe 4.

Gruppe 4c. Sondergebrüfter Obersekretär (behalten das Besoldungsdienstalter): 2800—3050—3300—3550—3800—4000—4200 Mk.; Wohnungsgeld 5 in Stufe 1—3, Wohnungsgeld 4 ab Stufe 4.

Gruppe 5a. Photographen, Oberwerkmeister: 2800—3000—3200—3400—3600—3750—3900—4050—4200 Mk.; Wohnungsgeld 5 in Stufe 1—3, Wohnungsgeld in Stufe 4.

Gruppe 5b. Ministerial-Kanzleisekretär, Waffenmeister, Förster: 2300—2550—2800—3000—3200—3400—3600—3800—4000—4200 Mk. Wohnungsgeld 5 in Stufe 1—5, Wohnungsgeld 4 ab Stufe 6.

Gruppe 6. Oberwerkmeister, Maschinenmeister, Telegraphenwerkmeister, 2400—2600—2750—2900—3050—3200—3350—3500 Mark. Besoldungsgruppe a7; bisheriges Besoldungsdienstalter. Wohnungsgeld 5.

Gruppe 7. Sekretäre, Kanzleivorsteher, Postsekretäre: Besoldungsgruppe a 6; bisherige Besoldungsdienstalter: 2350—2500—2650—2800—2950—3100—3200—3300—3400 Mark. Wohnungsgeld 5.

Gruppe 8a. Assistenten: 2000—2090—2180—2270—2360—2450—2540—2630—2700 Mark. Wohnungsgeld 5. Besoldungsgruppe a 5 bisheriges Besoldungsdienstalter.

Gruppe 8b. Postassistenten, Telegraphenassistenten (weiblich), Postbetriebsassistenten, Telegraphenbetriebsassistenten (weibl.) Besoldungsgruppe a 4, bisheriges Besoldungsdienstalter im günstigsten Falle 16 Jahre. Besoldungsgruppe a 4 vier Jahre verbessert. Die Stufen sind: 1700—1820—1930—2040—2140—2240—2330—2430—2520—2610—2700 Mark. Wohnungsgeld 4 in Stufe 1—4. Wohnungsgeld 5 ab Stufe 5.

Gruppe 9. Kanzleiassistenten, Telegraphisten, Geldzähler 1700—1800—1900—2000—2100—2200—2300—2400—2500—2600 Mark. Wohnungsgeld 4 Stufe 1—4. Wohnungsgeld 5 ab Stufe 5.

Gruppe 10. Ministerialamtsgehilfen, Drucker, Postbetriebsassistenten, Maschinisten: 1600—1690—1780—1870—1960—2050—2140—2230—2320—2400 Mark. Wohnungsgeld 6 in Stufe 1—6. Wohnungsgeld 5 ab Stufe 7.

Gruppe 11. Oberpostschaffner, Amtsgehilfen, Botenmeister: 1500—1590—1680—1770—1860—1950—2040—2120—2200 Mark. Wohnungsgeld 6 in Stufe 1—6. Wohnungsgeld 5 ab Stufe 7.

Gruppe 12. Heizer, Hauswart, Postboten: 1500—1580—1650—1730—1800—1880—1950—2030—2100 Mark. Wohnungsgeld 6.

Die Wohnungsgeldzuschüsse sind folgende: Ortsklasse 1: Sonderklasse 2100, a) 1800, b) 1500, c) 1140, d) 800; Ortsklasse 2: Sonderklasse 1680, a) 1440, b) 1200, c) 900, d) 600; Ortsklasse 3: Sonderklasse 1320, a) 1140, b) 900, c) 720, d) 540; Ortsklasse 4: Sonderklasse 960, a) 840, b) 660, c) 540, d) 396; Ortsklasse 5: Sonderklasse 720, a) 612, b) 504, c) 396, d) 288; Ortsklasse 6: Sonderklasse 528, a) 444, b) 372, c) 288, d) 216; Ortsklasse 7: Sonderklasse 336, a) 288, b) 240, c) 180, d) 132. Zu diesen Sätzen gibt es ab 1. Oktober 1927 20 Prozent Erhöhung. Für Berlin bleibt ein Sonderzuschlag von 5 v. H. der Kinderzuschlag beträgt 20 Mark.

Diese neue Regelung der Beamtengehälter ist ein glatter Betrug an der unteren Beamtenschaft. Das wird auch dadurch nicht anders, daß durch die Umgruppierung der Zahlen der Gruppen die unteren Beamten die oberen geworden sind. Während die höheren Beamten eine weit über 1000 Mark gehende Zulage erhielten, bekommen die niederen Beamten nur wenige Mark. Wir werden zu dieser Besoldungsneuerung noch besonders Stellung nehmen.

Gegendemonstration gegen Hindenburg

Aufmarsch der Arbeiter am 2. Oktober

Der Aufruf der Bezirksleitung der KPD Berlin zu einer Gegendemonstration gegen den Hindenburgrummel am Sonntag, dem 2. Oktober hat auf die Hindenburganhänger von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten wie eine Bombe gewirkt. Der Aufmarsch der Arbeiterschaft gegen die imperialistischen Kriegshetzer soll, wie die Rote Fahne aus sicherer Quelle erfährt, unter allen Umständen verboten werden. Das Organ des Grafen Westarp, die Kreuzzeitung schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe: „Die Kommunisten rufen in der Roten Fahne zu einer Massendemonstration gegen den Hindenburgaufmarsch des Bürgerblocks um 13,30 Uhr im Lustgarten auf . . . Unter roten Fahnen soll der Aufmarsch vor sich gehen. Es ist zu erwarten, daß das Polizeipräsidium die Demonstration, über deren provozierenden Charakter kein Wort verloren zu werden braucht, verbieten wird."

Die Rote Fahne teilt dazu mit, daß in einer Berliner Journalistenkonferenz, die vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel einberufen worden ist, offiziell mitgeteilt wurde, daß ein Verbot der kommunistischen Demonstration sicher sei. Das Verbot wird aber so spät bekanntgegeben, daß eine Gegenaktion der Kommunistischen Partei erschwert würde. Den bürgerlichen Journalisten wurde angeraten, die Aufforderung der KPD, wie überhaupt die kommunistische Agitation gegen den Hindenburgaufmarsch mit Stillschweigen zu übergehen.

Die Rote Fahne schreibt weiter zu diesem geplanten sozialdemokratischen Schandstreich: „Es soll ihnen nicht gelingen, die Arbeiterschaft wird sich nicht den imperialistischen Aufmarsch des Bürgerblocks und seiner Garden bieten lassen. Die Betriebe haben nun das Wort. Es soll den sozialdemokratischen Parteiinstanzen, sowie den Herren Zörgiebel und Grzesinski bedeutet werden, daß die Arbeiterschaft sich das Recht auf die Straße nicht nehmen läßt.

Faschistenamnestie

Wie die Zeit-Notizen mitteilen, soll am 2. Oktober anläßlich der Hindenburgamnestie Straffreiheit für die faschistischen Staatsstreichvorbereiter Claß, Oberst Kauer und Oberst von Luck verkündet werden. Anscheinend hat der Oberreichsanwalt Werner auf einen Wink des Reichsjustizministers das Hochverratsverfahren Claß bis zur Hindenburgamnestie hinausgeschoben.

Philipp für Amnestie von Faschisten:
„Mein Sohn, ich vergebe dir. Ich bin nicht der Revolutionär, für den du mich hieltest . . ."

Das Geheimnis der Kriegsschuldebatte

rt. Mit einem Schlage hat sich der Friedenshimmel von Genf mit schwarzen Wolken bedeckt. Nur wenige Tage nach Annahme der berühmten Friedensresolution des Völkerbundes, die den Angriffskrieg „verbietet", schreibt Jules Sauerwein, der Außenpolitikeroffiziosus Briands, im Matin: „Ueberhaupt herrschte in Genf eine Stimmung, wie wenn man plötzlich in der friedlichen Arbeit wieder in den Abgrund des Krieges geschaut hätte". Zwei Reden, die Tangenbergepistel Hindenburgs und die Antwort Barthous und Jaspers haben genügt, um die pazifistische Atmosphäre zu zerreißen, mit der der englische, der deutsche und in gleichem Maße der französische Imperialismus ihre Kriegsvorbereitungen zu verschleiern suchen. „Man muß eine reale Erklärung darüber geben, wie groß das Geheimnis ist, das die Geburt eines Krieges umgibt . . ." schrieb Lenin in seinen Direktiven für die russische Delegation zum Haager Friedenskongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Die heftige Pressediskussion zwischen den deutschen, französischen und belgischen Imperialisten anläßlich der Kriegsschuldrede Hindenburgs gibt der Arbeiterklasse Gelegenheit, das Geheimnis der Geburt des nächsten Krieges zu enthüllen. Die Arbeiterschaft muß jene imperialistischen Kräfte erkennen, die hinter den militaristischen Tiraden von beiden Seiten stehen. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse tun ihr bestes, um die Debatte über die Kriegsschuldfrage zu einer Angelegenheit der „Geschichtsforschung", der „Völkermoral" und des „Völkerrechtes" zu machen. **Aber das Geheimnis der Kriegsschuldebatte ist eben ihre aktuelle Bedeutung für die Vorbereitung des nächsten imperialistischen Krieges.** Das muß erkannt werden. Darauf kommt es an.

Der Sinn der Tannenberg-Rede Hindenburgs war die offizielle Anmeldung des deutschen Imperialismus auf seine Ansprüche zur Liquidierung des Versailler Vertrages nach Locarno und den Genfer Völkerbundtagungen. Es ist charakteristisch, daß dieselbe deutschnationale und deutschvolksparteiliche Presse, die die Ablehnung der Rheinlandräumung durch England und Frankreich mit einem Achselzucken hinnahm, den Kampf um die Kriegsschuldfrage zu einem Hebel der deutschen Außenpolitik macht. Dies zeigt die grundsätzliche Orientierung der Außenpolitik des Bürgerblocks. Das besetzte Rheinland ist der Köder für das nationalistische Kleinbürgertum — der Kampf um die Kriegsschuldfrage die Aufrollung des Problems der völligen Gleichberechtigung des deutschen Imperialismus durch Liquidierung des Versailler Vertrages. Der Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrages, der die Alleinschuld Deutschlands am Kriege feststellt, ist die Rechtsquelle des imperialistischen Gewaltfriedens. Seine Liquidierung würde den Versailler Vertrag ins Herz treffen; deshalb der heftige Kampf des wiederaufstrebenden deutschen Imperialismus gerade gegen den Artikel 231. Aber dieser Kampf hat noch eine höchst aktuelle Bedeutung. Er soll gleichzeitig als Sprengmittel gegen den Dawesvertrag dienen. Das Organ der rheinischen Schwerindustrie, das natürlich in diesem Kampf für die „geschichtliche Wahrheit" an der Spitze steht, schreibt in der Besprechung der Hindenburg-Tannenbergrede: „Wir nähern uns den Höchstleistungen des Dawesplanes. Es steht aber schon jetzt für jeden Weiterblickenden fest, daß wir ihn nicht werden erfüllen können. Wird man es wagen, uns unter weiterer Berufung auf jenen ominösen Artikel 231 weiter wirtschaftlich auszupressen bis zum Weißbluten? . . . **Darin liegt der tiefe weitere Sinn des Kampfes gegen die Kriegsschuldlüge**, den Hindenburg in Hohenstein sehr zur rechten Zeit in einem entscheidenden Stadium erneut begonnen hat."

Das Echo, das die Hindenburg-Rede in Frankreich und in Belgien gefunden hat, entspricht den Befürchtungen des französischen und des belgischen Imperialismus vor der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus. Die deutsche Bourgeoisie, wirtschaftlich bis an die Zähne gerüstet, im Besitze der bestorganisierten Industrie Europas, der mächtigsten Chemieproduktion der Welt, läßt sich nicht mehr mit pathetischen Reden Briands abspeisen. Die Faust des deutschen Imperialismus pocht ungestüm an die Tore von Versailles. Und es wäre eine Illusion, anzunehmen, daß das deutsche Kapital, das kaum zehn Jahre nach der Niederlage im Weltkriege wiederum zu einer ökonomischen Weltmacht geworden ist, davor zurückschrecken wird, wenn der französische Justizminister Barthou als Vorbedingung für den Frieden das „Stillschweigen der Kriegsschuldfrage" fordert. Die Hindenburg-Rede und ihre offizielle Verteidigung durch Stresemann drückt das Machtbewußtsein des

deutschen Imperialismus aus, der entschlossen ist, nicht zu ruhen, bis sein Ziel erreicht ist.

Und während der deutsche und der französische Imperialismus sich anfauchen wie wollgewordene Hunde, steht im Hintergrunde Chamberlain, der lachende Dritte. Die ganze englische Presse bewahrt im deutsch-französischen Konflikt ein beharrliches und kühles Schweigen. **Denn das deutsch-französische Duell paßt glänzend in den strategischen Schlachtplan des englischen Imperialismus in Europa: Teile und herrsche!** Herr Chamberlain weiß genau, daß die unmittelbare Folge der deutsch-französischen Auseinandersetzung **eine noch schärfere englische Orientierung der deutschen Außenpolitik** sein wird. Chamberlain hat nichts gegen das Toben der deutschen und französischen Militaristen. Denn so entsteht jene kriegerische Atmosphäre, in der die Kriegspläne gegen die Sowjetunion am besten reifen, so werden die Arbeitermassen der Welt am besten abgelenkt von der imperialistischen Einkreisung der Sowjetunion, und so werden am besten jene imperialistischen Kräfte in Deutschland gestärkt, die die Liquidierung des Vertrages von Versailles über die Beteiligung am Kriege gegen die Sowjetunion zu erreichen versuchen: „Die Siegerstaaten werden die Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles erzwingen, solange sie mächtiger sind als wir, **oder bis sie auf Grund einer neuen politischen Verständigung mit Deutschland** sich andere, bessere Vorteile von Deutschland erhoffen". So schrieb ein bürgerliches Mittagsblatt über die Kriegsschuldfrage und traf damit ins Schwarze. Die „politische Verständigung" — das ist der Krieg gegen die Sowjetunion, den der englische Imperialismus als ein unmittelbares Ziel erstrebt. Diesem Ziele wird England auch den Kampf zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus einordnen. Das ist eines der Geheimnisse der Kriegsschulddebatte.

Ein anderes ist die systematische Kampagne der sozialdemokratischen Führer zur Beteuerung ihrer patriotischen Haltung während des Krieges zur unumschränkten Verteidigung der Politik des 4. August. Es ist kein Zufall, daß der Vorwärts den alten Bernstein aus der Versenkung holt, um ihn im Jahre 1927 beweisen zu lassen, daß der Verrat am 4. August 1914 im „Einklang mit den sozialistischen Prinzipien" geschah. Es ist kein Zufall, daß sich der Vorwärts vor dem Nationalverband der deutschen Offiziere verteidigt: „In Wahrheit hat der Vorwärts während des Krieges alles getan, um eine Niederlage Deutschlands zu verhindern." Das alles gehört zu einem Kapitel: **die Kriegsschuldrede Hindenburgs und die Verteidigung des 4. August durch Stampfer.** Es dient der Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges, in dem wilhelminische Generale Seite an Seite mit republikanischen Sozialdemokraten unter dem Kommando des englischen Imperialismus gegen die „bolschewistische Barbarei" kämpfen werden, ebenso wie sie 1914 gegen den „zaristischen Despotismus" gekämpft haben.

Der Hindenburg-Aufmarsch der Kräfte des deutschen Militarismus am 2. Oktober ist die innenpolitische Bekräftigung des außenpolitischen Kriegskurses des Bürgerblocks. **Die Gegendemonstration der deutschen Arbeiterschaft, zu der die Kommunistische Partei ruft, ist der Aufmarsch der Revolution gegen den deutschen Imperialismus!**

Eisenbahnunglück in Halle

Am Dienstag früh fuhr auf dem Bahnhof in Halle eine Lokomotive auf einen dort stehenden Personenzug. Durch den starken Anprall wurden drei Reisende schwer, dreizehn Reisende und der Lokomotivführer leicht verletzt. Den Verletzten wurde durch die Bahnärzte die erste Hilfe geleistet. Gefahr besteht für keinen.

Das Unglück ist nach den Mitteilungen dadurch entstanden, daß die Lokomotive, die in einen Schuppen fahren wollte, über eine Gleiskrümmung zu weit hinausfuhr.

Vor dem Streik der Berliner Straßenbahner

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Ergebnis der Urabstimmung der Straßenbahner über den Streik oder die Arbeit liegt immer noch nicht vor. Für die Stimmung der Straßenbahner ist folgendes Teilergebnis bezeichnend: Bei den Straßenbahnen Bahnhof Müllerstraße stimmten bei 736 Abstimmungsberechtigten 602 für den Streik und nur 41 für die Fortsetzung der Arbeit.

Die SPD und der Kampf gegen die Kultur-Reaktion

Die Sozialdemokratische Partei betreibt mit dem Kampf gegen die Kulturreaktion die wüsteste Irreführung ihrer Mitglieder und der Leser der sozialdemokratischen Zeitungen. Den Kampf gemeinsam mit der Masse zu führen, hat die SPD bisher abgelehnt. Sie lehnt es ab, sich an dem Kampfkartell der Kulturorganisationen zu beteiligen. Diese Haltung ergibt sich aus der Kompromißstellung zu dem Zentrum, mit dem die SPD wieder gemeinsam in die Reichsregierung eintreten möchte. Diese Haltung ist aber nicht neu. Sie ist die Grundlage des Weimarer Schulkompromisses. Früher war die Forderung der Sozialdemokraten, der Arbeitermassen, die religionslose Grundschule. Diese Forderung hat die SPD schon in Weimar aufgegeben. Sondern fordert sie nicht mehr die einheitliche Grundschule ohne Religion, sondern die gesetzliche Anerkennung der Bildung sog. weltlicher Schulen. Das Kompromiß besteht darin, daß die SPD neben den weltlichen Schulen konfessionelle Schulen anerkennt. Nach diesem Kompromiß ist der Keudellsche Entwurf im Grunde das, was die SPD in Weimar schon abgeschlossen. Deswegen wird von der SPD auch kein ernster Kampf gegen dieses Gesetz geführt. Die „Linken" in Sachsen versuchen diese Haltung der SPD als Partei zu verschleiern. Sie brachten deswegen eine lendenlahme Entschuldigung für ihre Mitglieder, als diese rebellierten, daß kein SPD-Vertreter in der Versammlung des Lehrervereins gesprochen hatte. Die SPD-Presse brachte in großer Aufmachung den Bericht der Lehrervereinsversammlung. Natürlich geschah dies unter dem Druck der Mitglieder. Gestern bringt nun Hermann Fleißner in der Volkszeitung einen Artikel über die „Verbesserungen" des Keudellschen Gesetzes in Preußen. Fleißner beginnt:

„Wochenlang war in der Tagespresse davon die Rede, daß die preußische Regierung eingehend über den Keudellschen Schulgesetzentwurf berate, eine Denkschrift darüber herausgeben wolle und Abänderungsanträge stellen werde. Die etwas demonstrative Art und Weise, in der das wiederholt angekündigt wurde, **mußte die Erwartungen auf das Kommende hoch spannen. Sintemalen auch Sozialdemokraten in der preußischen Regierung sitzen.** Weniger naive Gemüter werden allerdings den so laut apisierten Aenderungsvorschlägen **mit Skepsis entgegengesehen haben.** Ihre Zweifel waren berechtigt wie die nun öffentlich bekanntgemachten Vorschläge der preußischen Regierung erkennen lassen."

Dann unterzieht Fleißner die preußischen Vorschläge einer Kritik. Diese, so sagt er, stehen mit der Verfassung in Widerspruch, wie auch das Keudellsche Gesetz verfassungswidrig die drei Schularten gleichstelle. Keudell hat bekanntlich geschrieben: Es soll folgende Formen der deutschen Volksschule geben: die nach Bekenntnissen nicht getrennten Volksschulen (Gemeinschaftsschule), die Bekenntnisschule, die bekenntnisfreie Schule (weltliche oder Weltanschauungsschule. Der preußische Abänderungsvorschlag hebt diese Dreiteilung nicht auf. Preußen verlangt nur eine juristisch klarere Trennung der drei Schularten, es fordert: „Die Volksschulen sind Gemeinschaftsschulen, oder ... Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen." Fleißner schreibt hierzu:

„Der preußische Vorschlag tut dasselbe (wie der Keudellsche. D. R.) mit anderen, etwas unklareren, zweideutigen Worten. Denn mit den Worten „oder" ist nicht die klare und bestimmte Unterscheidung getroffen, die aus Artikel 146,2 der RV spricht. Dort heißt es, nachdem im ersten Absatz die **Gemeinschaftsschule** als Regelschule festgelegt ist, daß außerdem unter gewissen Kautelen und Beobachtung bestimmter Voraussetzungen auch andere Schularten beantragt werden können. Sie dürfen „indes" — das kleine Wort hat hier eine große Bedeutung — zum Unterschied von der Regelschule, der Gemeinschaftsschule, gefordert werden. Ob der Forderung entsprochen wird, ist eine andere Frage. — Wer die Schule in dieser prinzipiellen Hinsicht verfassungsgemäß gestalten will, braucht nur den Wortlaut der Verfassung sinngemäß in das Gesetz zu übernehmen. **Die preußische Regierung tut das nicht. Ihr Vorschlag ist schwammig nach beiden Seiten."**

Fleißner polemisiert dann gegen die durch den Keudellschen Entwurf heraufbeschworene Zerschlagung der Volksschulen. Dann wendet er sich dem Einfluß der Pfaffen auf die Schule zu und schreibt in bezug auf die preußischen Vorschläge:

„Daß nach den preußischen Vorschlägen ebenfalls, wie im Keudellschen Entwurf, **der Kirche Mitrede- und sogar Mitbestimmungsrecht eingeräumt** werden soll, muß gleichfalls verwundern, weil es sich auch in diesem Falle **um eine grundsätzliche Frage handelt, in der kein Sozialdemokrat Konzessionen machen darf."**

Im ganzen stellt Fleißner fest, **daß in Preußen das Zentrum gesiegt habe.**

Wesentlich ist, daß hier von einem Sozialdemokraten festgestellt wird, daß die sozialdemokratischen Minister die Grundsätze des Proletariats zur Schulfrage verleugnen und preisgeben. Dieses Bekenntnis ist immerhin von einiger Bedeutung. Die SPD erklärt bekanntlich, durch Mitarbeit am Staat diesen Staat zu erobern. Die Kommunisten haben den Arbeitern ständig gesagt, daß diese Mitarbeit Hilfsarbeit für die Reaktion ist. Jetzt wird hier von einem Sozialdemokraten behauptet, daß die SPD-Führer in den Regierungspositionen die Grundsätze verleugnen und die Interessen der Arbeiter verraten. Fleißner versucht die SPD-Führer abzuschütteln, um die Arbeiter, die ob dieses Verhaltens empört sind, bei der SPD zu halten.

„Nach alledem kann natürlich gar keine Rede davon sein, daß die Vorschläge der preußischen Regierung die Sozialdemokratische Partei in ihrer Stellung zur Sache irgendwie beeinflussen und beeinträchtigen können. Man könnte unsere Genossen in der preußischen Regierung höchstens fragen, ob sie diese Vorschläge überhaupt der Mühe lohnten, die sie wahrscheinlich gemacht haben. **Kleine Verbesserungen neben den hier besprochenen Punkten fallen kaum ernstlich ins Gewicht.**"

Diese letzten Bemerkungen Fleißners kennzeichnen die Taktik der Linken. Wenn die SPD offensichtlich eine reaktionäre Politik betreibt, daß auch der letzte SPD-Arbeiter das sehen muß, dann erklärt der linke Flügel in Sachsen: „Ja, das ist nicht die Politik der SPD." So macht die SPD nach den Ausführungen ihrer linken Führer eigentlich immer eine andere Politik als ihre eigene. Wenn Noske Hindenburg huldigt, dann ist das nicht die Politik der SPD. Wenn Kautsky die Reaktion verteidigt, dann ist das nicht die Politik der SPD. Wenn Braun das Keudellsche Gesetz annimmt, die preußische Landtagsfraktion die Politik Brauns durchführt und verteidigt, dann erklärt Fleißner: Das ist nicht die Politik der SPD!

Wir wollen diese Demagogie ein wenig richtigstellen. Noske, Kautsky, Braun, Hermann Müller und alle die anderen Führer der SPD, sie machen sehr wohl die Politik dieser Partei. Aber die Massen der Arbeiter sind anderer Meinung. Die „linken" Führer fühlen den Widerstand der Arbeiter gegen den ständigen Verrat, deswegen erklären sie, die Politik der Minister hat mit der Politik der Partei nichts zu tun. Die Minister sind aber die Führer der Partei. Da hilft keine Verlegenheitsausrede. Die Führer betreiben in der Regierung die Geschäfte der Reaktion, deswegen ist die Politik der Partei reaktionär. Die SPD-Führer haben den „Verbesserungen" des Keudellschen Gesetzes zugestimmt und deswegen ist die SPD verantwortlich. Diese Haltung der SPD in Preußen ist aber um so schwerwiegender, als von der Haltung in Preußen die Haltung der meisten Kleinstaaten abhängt. Wenn Preußen das Keudellsche Gesetz schluckt, schlucken es meistens die anderen Staaten. Deswegen bemüht sich die Reichsregierung immer, mit Preußen einig zu werden. Preußen zu gewinnen, dann ist für die reaktionäre Reichsregierung schon fast alles gewonnen. Hier gibt es kein Ableugnen und Verwischen, hier trägt die SPD die volle Verantwortung, wenn sie diese jetzt durch Fleißner abzuleugnen versucht. Vielleicht beantwortet uns die SPD die bescheidene Frage: Zu welchem Zweck sitzen sozialdemokratische Minister in der preußischen Regierung? Oder ist die SPD entschlossen, diese Minister aus ihrer Partei auszuschließen?

Die KPD gegen die Schulreaktion

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Preußischen Staatsrat, der heute zusammentritt, hat Genosse Meier im Auftrag der kommunistischen Fraktion einen Antrag eingebracht, daß das Staatsministerium ersucht wird, dem Staatsrat sofort über die vom Staatsministerium vorbereitenden Anträge zum Reichsschulgesetz Auskunft zu erteilen. Weiterhin wird in dem Antrag gefordert, daß die Vertreter des Preußischen Reichsrates angewiesen werden, gegen das Schulgesetz zu stimmen.

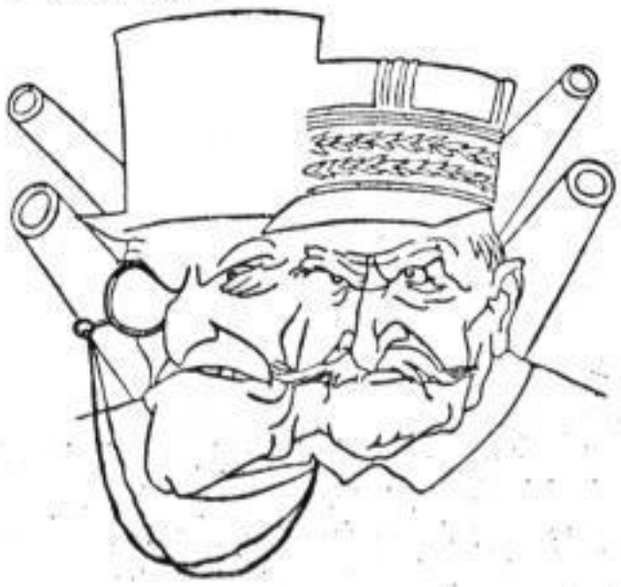
Schlußtagung in Genf

Der Völkerbundrummel in Genf ist wieder einmal zu Ende. Wenn man die Dinge so von außen betrachtet, dann herrscht eitel Einigkeit unter den Staatsmännern. Doch wurde dieses Bild durch die Abreise Briands, der plötzlich und vorzeitig Genf verlassen hat, empfindlich gestört. In der Schlußrede Guanis hörte man wieder viel Phrasen von „einheitlichem Willen", „Harmonie der Arbeiten" und dergleichen mehr. Nun, diese „Einheitlichkeit" hat sich gezeigt in den ständigen Kämpfen um die Führung des europäischen Blocks. Eine Einheitlichkeit ist sicherlich erzielt worden. Die Einheit gegen die Sowjetunion zur Vorbereitung des Krieges gegen diesen Staat der Arbeiter und Bauern. Ueber die Eintracht von Genf schreibt heute ein bürgerliches Dresdner Blatt: „Manche Skeptiker sprechen anläßlich des Zustandekommens der „Genfer Resolution" gar die Befürchtung aus, daß „solche Eintracht von Leuten, die so verschieden denken, den Verdacht erwecken könnte — es liege nicht eine Harmonie der Gesinnung, sondern eine Harmonie der Phrase vor." Auch bemerkt der hervorragendste Schweizer Völkerbundkenner, Dr. A. Oerd, daß „jenes allgemeine Abrüstungsprogramm, das sich jetzt aus dem großen Feilschen ergäbe, von ihr werde zu befriedigen."

Daß der französische Vertreter dem gastlichen Genf so schnell den Rücken kehrte, unterstreicht diese Ausführungen.

Die plötzliche Abreise Briands hat großes Aufsehen erregt, zumal noch vorgestern abend durch eine vom französischen Außenminister bestätigte Havasmeldung seine Abreise für frühestens Dienstag angekündigt worden war. In der Sitzung des Völkerbundrates, die gestern nach Schluß der Vollversammlung stattfand, hat Briand nicht teilgenommen. Ueber die Gründe seiner plötzlichen Abreise liegen nur Vermutungen vor. Einige Pressevertreter wollen wissen, daß Briand durch eine telegraphische Mitteilung aus Paris aufgefordert worden sei, sofort abzureisen und daß seine Abreise eine von Poincaré inszenierte Demonstration gegen Deutschland sei. Ueber den Gegenstand der vorgestrigen Unterredung zwischen Stresemann und Briand liegen ebenfalls keine genauen Mitteilungen vor. Matin berichtet daß Stresemann einige Erklärungen zur Tannenbergrede abgegeben habe, die Briand befriedigt hätten. Ferner seien die Fragen des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion besprochen worden. Anderen Vermutungen zufolge sollen auch die Beziehungen Frankreichs und Deutschlands zur Sowjetunion zur Sprache gekommen sein.

Nachmittags trat der neue Völkerbundrat zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Danziger Westerplatte-Frage und die Frage der Abrüstung. Die Verhandlungen über die Westerplatte-Frage wurden auf Antrag Stresemanns vertagt. In der Frage der Abrüstung wurde die von der Völkerbundversammlung angenommene Kompromißresolution vom Rat bestätigt. Die Abstimmung über den Absatz, in dem Methoden vorgeschlagen werden zur beschleunigten Herbeiführung von Ratsentscheidungen bei Konflikten, wurde bis zum Dezember verschoben. Die täglichen Vorarbeiten für die Abrüstung sollen so beeinflußt werden, daß die vorbereitende Abrüstungskommission Anfang nächsten Jahres in der Lage ist, ein Programm einer allgemeinen Konferenz zur Begrenzung der Abrüstungen festzustellen.



Chamberlain-Foch:
Antibolschewistisch-imperialistische Zwillingsbrüder.

Die Kirche beraubt die Hochwassergeschädigten

In Mühlbach-Häselich hatte der Gemeinderat darauf hingewirkt, daß die Hochwassergeschädigten für die von diesen geleisteten Schlammauftaumungsarbeiten eine Entschädigung in der Höhe des Lohnes der geleisteten Arbeit erhielten. Da die vom Hochwasser Betroffenen ohne Mittel waren, wurde diese Möglichkeit, sich einige Mittel zu beschaffen, von den Betroffenen freudig begrüßt. Jedoch die Hoffnung darauf, daß sie ein paar Mark Geld erhalten werden, sollte nicht lange dauern. Bei der Lohnauszahlung sollten die armen Opfer des Unwetters bald hören, daß der Hunger der Kirche größer war. Diese Institution der „christlichen Nächstenliebe" ließ den armen Leuten von dem mühevoll verdienten Gelde die Kirchensteuern abziehen.

So erhielten dann einige der Leute Lohntüten mit folgendem Vermerk:

Name: K. Erwin.
21 Stunden a 88 Pf. sind 18,48 RM
ab Kirchensteuer 13,80 RM
ausgezahlt: 4,68 RM

Name: K. Kurt
8 Stunden a 88 Pf. sind 7,04 RM
ab Kirchensteuer 4,80 RM
ausgezahlt: 2,24 RM

Name: K. Heinrich
21 Stunden a 88 Pf. sind 18,48 RM
ab Kirchensteuer 5,10 RM
ausgezahlt: 13,38 RM

Die armen Leute, die durch das Unwetter ihr Hab und Gut verloren, die nun glaubten, ein paar Mark Geld zu verdienen, sahen sich von der Kirche um ihre paar Mark beraubt. Die Kirche steckte den Löwenanteil ein. Das nennt sich darum christliche Hilfeleistung. Sicherlich werden die Betroffenen die richtige Schlußfolgerung daraus ziehen und der Kirche den Rücken kehren.

Die Pilsudskidiktatur in Polen

Warschau, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Aufhebung des Pressedekrets durch den Sejm wird von der Pilsudskiregierung nicht anerkannt. Nach wie vor wird die oppositionelle Presse beschlagnahmt und nunmehr vor allem auch sozialdemokratische Zeitungen. So wurde z. B. das Warschauer Zentralorgan der polnischen Sozialdemokratie wegen des Berichtes über den gegenwärtig in Warschau tagenden Eisenbahnerkongreß beschlagnahmt. Weiterhin wurden die sozialdemokratische Zeitung in Lodz und ein linksradikales Bauernblatt beschlagnahmt. Auf der Tagung der Eisenbahner wurden scharfe Reden gegen die Pilsudskiregierung gehalten. Das ist bezeichnend für die außerordentlich verschärfte innenpolitische Situation in Polen. **Denn es waren bekanntlich die Eisenbahner, die im Mai 1926 beim Pilsudskiputsch die Truppentransporte für die Gegner verhinderten.**

Achtung! In dem gestrigen Leitartikel steht in dem Absatz über Pirna: „Erhalten hat die Stadt bis zum 19. September 250 RM", es muß selbstverständlich heißen: 250 000 RM.

Beilage
Mittwoch den 28 September 1927

Arbeiterstimme

Nr. 227
8. Jahrgang — Bezirksausgabe der KPD

Hilfe für die Unternehmer, nicht für die Unwetteropfer!

Abrechnung mit den „Hilfsmaßnahmen" der Regierung bei der Unwetterkatastrophe

Landtagssitzung vom 27. September 1927

Zu Beginn der ersten Sitzung des Landtages nach den Sommerferien gab Ministerpräsident Heldt im Namen der Regierung einen Bericht über den Stand der Arbeiten im Unwetterkatastrophengebiet, die im wesentlichen in der Denkschrift der Regierung über die Hochwasserkatastrophe dargelegt sind. Der gesamte Sachschaden im Unwettergebiet (ohne die Schäden an der Reichsbahn) ist auf rund 314 Millionen RM beziffert. Die Regierung fordert in einer Vorlage zunächst ganze 123 Millionen RM und für Beihilfen und Darlehen an die durch Unwetter Betroffenen 1 Million RM, insgesamt 13,3 Millionen Reichsmark.

Für die SPD nimmt der Landtagspräsident Schwarz das Wort und kritisiert vor allem die zutage getretenen Unzulänglichkeiten beim Wiederaufbau.

Er stellt fest, daß die Gewerkschaften völlig versagt haben,

daß die Unterstützungsgelder besonders im Interesse der Großbesitzer verteilt seien und daß diese Aufrechnungen zustande haben, die für sie nicht einen Schadenersatz, sondern darüber hinaus einen Gewinn bedeuten. Die Regierung kommt diesen Manövern entgegen, indem sie bei hohen Ansprüchen bewilligt hilft, während sie den kleinen Gewerbetreibenden und Arbeitern nicht nennenswerte Beträge bewilligt. Er verlangt, daß die Arbeiter und Gewerbetreibenden 100prozentige Entschädigung bekommen sollen, daß man bei den Begüterten keine Abstriche machen solle.

Genosse Renner

stellt fest, daß die Regierung ihre Versprechen, eine großzügige Aktion durchzuführen, in keiner Weise gehalten hat; daß sie vielmehr die Hilfskräfte abgebaut hat. Er kennzeichnet aber auch das Verhalten des Baugewerksbundes, der nicht einmal die Zwischentarife der Regierung anerkannt hat. Die Vorlage der Regierung zeichnet sich aus durch gewollte Unklarheit, sie verschleiert die wirklichen Absichten der Regierung, die in keiner Weise bereit ist, ihre angekündigte „großzügige" Hilfe wahrzumachen. Ganz besonders geißelt er das Verhalten der einzelnen Gemeinden, die die Verantwortung gegenseitig von sich abschieben, das Reich auf das Land, das Land auf die Gemeinden.

Auch die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie hat den Antrag der Kommunisten, der durchgreifende Hilfe hätte bringen können, abgelehnt.

Das Reich hat bisher so gut wie nichts getan. Wie groß der Notstand ist, ist daraus ersichtlich, daß in Berggießhübel bis heute noch nicht einmal das Bett der Gottleuba wieder hergestellt ist, daß die Obdachlosen zum großen Teile noch nicht — wie es dringend notwendig gewesen wäre — untergebracht sind.

Dafür aber hat man schnell eine katholische Kapelle aufgebaut!

(Hört, hört! links.) Der Segen der Kirche und das Mitleid der Regierung sind billiger als wirkliche Hilfe. Die Gemeinden sind zu schwach, um die notwendigen Arbeiten selbst durchzuführen. In Gottleuba bietet sich dasselbe Bild. Bezeichnend ist, daß, während die Stadt einen Straßenschaden von [illegible] RM festgestellt hat, die Summe von der Staatshilfskommission auf 60 000 RM heruntergestrichen wurde. (Hört, hört! links.) In Glashütte haben die Arbeiter so bei der „Hilfe" der Regierung kennen gelernt, daß sie in einer Protestversammlung gegen die Maßnahmen der Regierung Stellung nehmen mußten. In kleinen Gemeinden, wie Schlottwitz, haben die Vorstände den Arbeitern die Schlammzulage gestrichen und warten heute noch auf die Rückerstattung der Beträge. In Pirna ist der Schaden von der Regierung selbst auf [illegible] RM geschätzt worden; ausgezahlt wurden bisher nur [illegible] RM. Die Stadt, die für die Hilfsmaßnahmen schon [illegible] in Anspruch genommen worden ist, fürchtet den Rest selbst aufbringen zu müssen. Die Gemeinden sind einfach nicht in der Lage, die Summen aufzubringen. Die Regierung muß unter allen Umständen dazu gezwungen werden. Wir wenden uns deshalb dagegen, daß die Großunternehmer namhafte Summen bewilligt erhalten, die sie jedoch nicht benutzen, um die zerstörten Arbeiterwohnungen ihrer Fabriken wiederherzustellen, wie

Graf Rex in Berggießhübel sofort 10 000 RM erhält und darauf eine Badereise antreten kann,

(Hört, hört! b. d. Komm.) Auf der anderen Seite hat die Regierung nichts getan, um die allzu berechtigten Forderungen der kleinen Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Arbeiter zu erfüllen. Gerade bei denen, die am meisten gelitten haben, deren Existenz vernichtet worden ist, wird geradezu unverantwortlich vorgegangen. So hat ein Dachdeckermeister, dem Handwerkszeug und Schuppen fortgeschwommen waren, nur 1000 RM bekommt, weil er sich selbst nur Handwerkszeug kaufen wollte, um selbst seine Schäden ausbessern zu können. Das Notbauamt hat daraufhin

dem kleinen Handwerker nichts weiter gegeben als vier Rollen Dachpappe und 2½ Kilo Nägel!

(Ziemliches Hört, hört! links.) Die Kleingärtner der kleinen Gemeinden haben ebenfalls nichts erhalten, um ihre bescheidenen Wünsche erfüllen zu können. Bezeichnend ist, daß die Frage des Wiederaufbaues von der Regierung erörtert wird unter dem Gesichtspunkt der „wirtschaftlichen Rentabilität".

Nur Unternehmerprofite, nicht aber Menschenleben spielen hier eine Rolle!

(Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Komm.) Wir fordern, daß die Arbeiten beschleunigt werden. Dazu müssen Neueinstellungen vorgenommen werden. Tatsache ist, daß die Entlassungen wegen „Arbeitsmangel" nur ein Mittel zum Lohndruck waren! (Sehr richtig! b. d. Komm.) Wir fordern weiter sofortige Auszahlung der Summe für Lebensbedarf und Arbeitsmittel an Handwerker, Arbeiter und Kleingewerbetreibende. Löhne müssen dem Tarif und den Arbeitsbedingungen entsprechen. Statt durch Regierung die vorhandenen finanziellen und organisatorischen Kräfte zu konzentrieren, hat die Regierung durch Vergebung der Arbeiten an Privatunternehmer Unsummen für Sonderprofite herausgeworfen. Man soll nicht sagen, daß zur Erfüllung der gerechten Forderungen die mit hier im Interesse der arbeitenden Bevölkerung des Hochwassergebietes vertreten, kein Geld da ist. Stellen Sie die Steuergeschenke an die Großkapitalisten ein, und Sie haben sofort die nötigen Mittel. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Komm.) Wir werden bei den kommenden Ausschußberatungen die einzelnen Forderungen eingehend begründen! (Bravo! b. d. Komm.)

Im Namen der Regierungsparteien gibt Abg. Großmann eine Erklärung ab, in der den Geschädigten das „tiefste Mitgefühl" der Regierungsparteien ausgesprochen wird, weiter die Maßnahmen der Regierung gebilligt werden und „wohlwollende Prüfung" der Forderungen versprochen wird. Die Erklärung schließt mit einem mageren Appell an die Reichsregierung und der demütigen Bitte um Unterstützung. Großmann beantragt Ueberweisung der ganzen Materie an den Ausschuß B. Ihm widersprechen die Abgeordneten Graupe, Weckel, Schwarz, Liebmann: die Beratung im Ausschuß A fordern. Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wird schließlich Ueberweisung an den Ausschuß B beschlossen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die erst am nächsten Dienstag stattfinden soll, beantragt Edel (Soz.) Einberufung der nächsten Sitzung für Donnerstag.

Genosse Böttcher

unterstützt diesen Antrag und weist darauf hin, daß die sich zuspitzende wirtschaftliche und politische Situation unbedingt Stellungnahme des Landtages erfordert. Insbesondere die kommende Mietsteigerung, der Lebensmittelwucher, der schon einsetzt, bevor die Beamten auch nur einen Pfennig mehr erhalten haben, der Kampf der Textilarbeiter gegen ihre Hungerlohn-Erdrosselung, aber auch die politischen Vorgänge, z. B. das verfassungswidrige Verbot der Sacco-Vanzetti-Kundgebungen durch den Dresdner Polizeipräsidenten und der reaktionäre Reichsschulgesetzentwurf veranlassen uns zum Stellen dieser Forderung. Gerade hier beim Reichsschulgesetzentwurf, der mit größter Empörung von der proletarischen Elternschaft und den Lehrern in Sachsen aufgenommen wird, können die Demokraten einmal zeigen, ob sie überhaupt gegen die Kulturreaktionäre zu kämpfen gewillt sind. Wir fordern im Interesse der sächsischen Werktätigen Beratung der mit diesen Fragen verbundenen, bereits eingereichten Anträge in einer Sitzung am kommenden Donnerstag. (Bravo! b. d. Komm.)

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten lehnt dies der Block von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, Altsozialisten, Aufwertern und Nationalsozialisten (eine traute Gemeinschaft!) ab. (Pfui-Rufe links.)

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Die nächste Sitzung, in der nur die heute beratenen Punkte zur 2. Beratung stehen, findet also am Dienstag den 4. Oktober statt.

Ein Schritt auf dem Wege zur Industrieorganisation

Der Industrieverband der Lebensmittelarbeiter entstanden!

Die diesjährigen Verbandskongresse des Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverbandes, des Lebensmittel- und Getränkearbeiterverbandes und des Böttcher- und Fleischerverbandes Deutschlands, die in Leipzig stattfanden, erhalten ihre Bedeutung durch die Bildung des Industrieverbandes der Lebensmittelarbeiter, der zweifellos einen Schritt weiter auf dem Wege zur Schaffung kampffähiger Industrieorganisationen der freien Gewerkschaften darstellt.

Nach der Eröffnung erfolgte die Wahl der Beisitzer zum Hauptvorstand und weiter der Eintritt in den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Beschlußfassung über das Statut".

Das von der Statuten-Kommission der vier Verbände in einem Entwurf vorliegende Verbandsstatut wird mit einigen schwachen Abänderungen vom Berichterstatter begründet.

Bis zur endgültigen Ueberwindung der technischen Schwierigkeiten und der Zusammenlegung der Verbände behalten die Grenzgebiete der einzelnen Verbände ihre Gültigkeit. (Das wird in besonderem Antrag formuliert und auch beschlossen!)

Die Beratung des Statuts erfolgt in Ablägen, die jeweils ein Dutzend Paragraphen zusammenfassen. Bereits § 2, Abs. 1, dient zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Opposition und Reformisten.

Für die Gewerkschaftsopposition führt Goldack-Berlin aus, daß die „Wahrung und Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder (des Verbandes) unter Ausschaltung aller politischen und religiösen Fragen" ausgeschlossen ist. Dieser § 2 gibt nach den bisherigen Erfahrungen den reformistischen Gewerkschaftsführern jeder Zahlstelle das statutarische Recht, jede Stellungnahme zu den allgemeinen Fragen der Arbeiterbewegung auszuschalten. Er beantragt die Annahme der zu diesem Paragraphen gestellten Abänderungsanträge 13 und 14 der Ortsvereine Apolda und Breslau:

„Der Verband stellt sich zur Aufgabe, die materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und erstrebt die endgültige Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch Unterstützung des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiter.

Streichung der Worte: Unter Ausschaltung aller parteipolitischen und religiösen Fragen."

Andere Redner zu diesen Paragraphen werden nicht zugelassen.

Bei der vorgenommenen Abstimmung lehnt die Mehrheit des Verbandstages gegen eine große Minderheit diese Anträge ab. —

Im Auftrage der Gewerkschaftsopposition spricht Kahn-Berlin zu § 21, Abs. 4:

„Ueber Angestellte den Vorsitzenden oder Kassiererposten aus so brauchen sich diese nicht zur Wahl zu stellen. Ihre Abberufung von diesem Posten kann nur durch den Verbandstag erfolgen."

Er spricht ebenfalls zu § 22, Abs. 1:

„Die Anstellung von Gau- und Bezirksleitern, wie aller Angestellten überhaupt, obliegt dem Verbandsvorstand."

Des weiteren wendet er sich gegen den Nachtragsantrag des Hauptvorstandes:

„In § 14 soll eingeschaltet werden: Bei Nichtbesetzung vorgenommener Ortsgruppenwahl kann der Verbandsvorstand eine kommissarische Ortsgruppenverwaltung einsetzen."

Diese Musterkarte statutarischer Satzungen wird von der Gewerkschaftsopposition in Wahrnehmung der Interessen der Verbandsmitglieder ganz entschieden abgelehnt. Wir wissen, wenn es zu Ortsvereinswahlen geht, dann nimmt der Angestellte das Statut zur Hand und erklärt, es ist nur das und das zulässig.

Bei der Abstimmung nimmt die Verbandstagsmehrheit die Vorschläge der Statutenkommission an, während die Anträge der Opposition nur Berücksichtigung finden bei einer starken Minorität, die ihnen die Stimme gibt.

Die Beitragsfrage entfesselt eine lebhafte Aussprache.

Kahn-Berlin wendet sich im Namen der Gewerkschaftsopposition gegen den § 38, da hier die Zuschläge für die Verbands-, Alters- und Invalidenversicherung mit einbegriffen sind. Wir sind überhaupt grundsätzliche Gegner einer solchen, da wir nicht die Organisation der Arbeiterklasse, sondern den Staat der Ausbeuter für Alter und Invalidität der Kollegen haftpflichtig machen. Sollte sich die Einführung einer solchen Unterstützungseinrichtung im Verband nicht umgehen lassen, dann beantragen wir das Recht des freien Beitritts. Die obligatorische Pflicht lehnen wir ab. — Die heftigen Auseinandersetzungen für und wider veranlassen die Verbandstagsleitung, eine grundsätzliche Abstimmung vorzunehmen, ob die Verbands- Alters- und Invalidenunterstützung überhaupt eingeführt werden soll oder nicht. Eine Abstimmung per Akklamation ergibt dafür eine Mehrheit.

Ohne großes Interesse werden dann noch die weiteren Paragraphen des Statuts angehört. Eine Dreiviertel-Mehrheit des Verbandstages nimmt das reaktionäre Statut als neues Verbandsgesetz an.

Ein trauriges Bild engstirnigen Fanatismus entrollt sich, als der Delegierte Volkstedt-Hamburg zur Abstimmung über das Verbandsstatut eine Erklärung der Gewerkschaftsopposition abgeben will. Die Verbandsangestellten insbesondere brüllen ihn nieder, als er ausspricht, daß die Ablehnung der Abänderungsanträge der Ortsvereine neue Mitgliedermassen zur Opposition treiben wird. Wenn auch verhindert durch den wüsten Lärm, spricht er doch noch aus, daß die Mitgliedschaft die Erklärung durch die Presse erfahren wird, wenn es hier nicht möglich ist, sie abzugeben.

Erklärung.

„Die zur gewerkschaftlichen Opposition gehörenden Delegierten des Verschmelzungsverbandstages der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter erklären, daß sie die Verschmelzung zu einem einheitlichen Verband auf das freudigste begrüßen. Hebt doch die Verschmelzung die gewerkschaftliche Zersplitterung, die die Schlagkraft der Arbeiter schwächt, auf. Sie bringt eine Kräftekonzentration, die den Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, den Kampf für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf viel breiterer Grundlage ermöglicht.

Die Verschmelzung ist ein weiterer Schritt zur wirklichen Industrie-Organisation. Die heutige, immer größer werdende Konzentration der Industrie in Kartellen, Trusts und Syndikaten verlangt kategorisch von der Arbeiterschaft einen viel festeren Zusammenschluß in den Betrieben und Industrien als bisher. Die Berufsorganisationen und auch die Verschmelzung der Lebensmittelarbeiterverbände genügt noch nicht. Das Ziel muß bleiben: Die Schaffung starker Industrieverbände nach dem Grundsatz: Ein Betrieb — nur ein Verband!

Der Verbandstag müßte beauftragt sein zur Erreichung dieses Zieles.

Hemmend in diesem Kampfe wird sich jedoch das heute hier angenommene Verbandsstatut auswirken. Das Statut entspricht in allen wesentlichen Teilen dem reaktionären Statuten-Entwurf, der von der übermütigenden Mehrheit der Mitgliedschaft aller vier Verbände zurückgewiesen wurde. Er sichert die absolute Herrschaft der oberen Verbandsleitungen und schaltet die Arbeiterdemokratie im Verband und das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder fast vollständig aus. Die Mehrheit des Verbandstages hat sich den Wünschen der oberen Verbandsbürokratie, die mit wenigen Ausnahmen die Verschmelzung der Verbände bekämpften, vollständig untergeordnet. Für ein günstige Entwicklung des geschaffenen einheitlichen Verbandes ist aber die weitgehendste Demokratie und die restlose Mitbestimmung Verbedingung.

Wir rufen deshalb die Verbandsmitglieder auf, nicht zu ruhen, sondern mit dem Kampf um den Industrieverband und um die grundlegende Aenderung des Verbandsstatuts sofort zu beginnen."

Einen lebhaften Streit, an dem sich hervorragend einige Greise beteiligten, erzeugte noch der Antrag auf Pensionierung der Verbandsangestellten, die das 65. Lebensjahr überschritten haben. Die Ueberzeugung, den jungen Nachwuchs auch hochkommen zu lassen in der Bewegung, siegte sich auch durch und der Antrag wurde angenommen mit 68 288 Stimmen entgegen [illegible] Stimmen.

Als Sitz des Verbandsausschusses und dessen Vorsitzenden wurde Frankfurt a. M. und Mittich-Frankfurt gewählt.

Der Ort des nächsten Verbandstages in zwei Jahren wird dem Befinden des Hauptvorstandes überlassen. Damit ist die Tagung am Ende angelangt.

Bezeichnend für den Ausklang des ersten Verbandstages des Industrieverbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ist daß zwei eingegangene Entschließungen „Gegen den weißen Terror" und „Zur Kriegsgefahr" nicht zur Abstimmung gelangten. In einem besonderen Artikel werden wir abschließend zu diesen Verbandstagen noch Stellung nehmen.

Wohltätigkeitskonzert
Soermus spielt
am 30. September 19³⁰ Uhr
im Vereinshaus
Zinzendorfstraße
Karten in allen Volksbuchhandlungen
von 0,50 bis 1,50 Reichsmark

Heute: Stadtdelegierten-Konferenz

von Groß-Dresden. 19,30 Uhr im Kreuzgarten

Dresden

28. September 1923: **Aufruf der KPD zum Generalstreik, zur Bewaffnung der Arbeiter und Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung.** — 1864: Gründung der Internationalen Arbeiter-Association in London. — 1848: Kossuth Diktator von Ungarn.

Krank — gesund — krank!

Und nochmals Zustände bei der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Dresden

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor nicht allzu langer Zeit wurde schon einmal unter derselben Ueberschrift über die sozialen Verhältnisse der städtischen Betriebskrankenkasse berichtet.

Das Mitglied der Betriebskrankenkasse, Knüpfer, war beschäftigt beim Tiefbauamt als Bauarbeiter, erkrankte am 8. September dieses Jahres, wurde am 10. September von dem ihm behandelnden Arzt wegen Gelenkrheumatismus erwerbsunfähig geschrieben. Nach 6 Tagen teilte die Kasse dem K. mit, daß er sich am 16. September vormittags zur Untersuchung bei dem Vertrauensarzt, Herrn Dr. von Koch, wohnhaft Anton-Graf-Straße, einzufinden habe. K. wurde nach einer gründlichen **Untersuchung von 2 Minuten,** von dem Herrn Dr. von Koch als gesund, also arbeitsfähig erklärt. — Am folgenden Tage begab sich K. auf seine Baustelle, konnte aber seine Arbeit nicht verrichten, ging ins Rathaus und holte hier seine Papiere und meldete sich arbeitslos. Die Erwerbslosenfürsorge ordnete eine Untersuchung bei ihrem Vertrauensarzt an, und

dieser Arzt stellte Arbeitsunfähigkeit fest.

Daraufhin bekommt nun K. Arbeitslosenunterstützung. Es ist also festgestellt, daß ein Mitglied der Betriebskrankenkasse **nicht krank** werden darf, aber Beiträge pünktlich bezahlen, kann man, um ja nicht die Kasse in Anspruch nehmen zu können.

Herr Dr. von Koch wird ganz bestimmt nicht seine Privatpatienten sofort gesund schreiben, denn sonst könnte er ja gar nichts verdienen. Aber einen Proleten darf man als Vertrauensarzt nicht vom Ausbeutungsprozeß fernhalten, sonst verlernt dieser das Arbeiten. Dieser Fall mit diesem Vertrauensarzt ist nicht der einzige, der bisher vorgekommen ist, es kommt immer nur zu wenig an die Oeffentlichkeit.

Striesen, Blasewitz, Loschwitz!

Nächsten Freitag den 30. September wird um 20 Uhr im Vereinshaus Blasewitz über den Reichsschulgesetzentwurf gesprochen, und zwar sprechen Lehrer Kosler von der 31. Volksschule und Genosse Erich Melcher. Eintritt 10 Pf.

Kommunistische Partei, Stadtteil 3.
Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Striesen.

Kellereinbrecher an der Arbeit. Die seit Anfang Juli 1927 in Dresden am Werke tätigen Kellereinbrecher sind trotz eifriger Nachforschungen noch immer nicht zu ermitteln gewesen. In der Hauptsache haben sie es auf Fahrräder abgesehen, sie stehlen aber auch Lebensmittel, Weine und andere Sachen. Insbesondere sind die Vorstädte Striesen und Johannstadt und die Gegend des 6. und 10. Polizeibezirkes von den Einbrechern heimgesucht worden. Obwohl die Diebstähle in den weitaus meisten Fällen in den Tagesstunden ausgeführt werden sind die Täter bis jetzt noch in keinem Falle von Bewohnern der betreffenen Häuser bei der Tat überrascht oder mit der Beute gesehen worden, was beweist, daß sie sehr vorsichtig zu Werke gehen. Nur in einem Falle sind zwei verdächtige Männer beobachtet worden, die wahrscheinlich die Täter sein werden. Sie werden wie folgt beschrieben: 1. 28—36 Jahre alt, etwa 1,75 Meter groß, schlank, dunkelblonde Haare, bartlos, schmales, blasses Gesicht, bekleidet mit dunklem Jackett, dunkler Breecheshose, dunklen Stutzen, hohen Schnürschuhen, blauem Hemd, ohne Hut, Selbstbinder, mit weichem weißen Kragen; 2. etwa 30 Jahre alt, 1,75 Meter groß, etwas korpulent, dunkelblonde Haare bartlos, halbvolles Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, bekleidet mit grauem Anzug, grauem weichen Hut, führte ein Fahrrad bei sich.

Kollidiebe. Die Kollidiebe, die seit einiger Zeit Dresdens Straßen unsicher machen und es auf Webwaren abgesehen haben, sind erneut erfolgreich tätig gewesen. Es sind ihnen wertvolle Frachtgüter von Rollwagen in die Hände gefallen. So erbeuteten sie auf der Ammonstraße 41 einen Ballen mit 240 Gerstenkornhandtüchern, in der Trompeterstraße ein Paket mit 10 Kilo Papierservietten und zwischen der Struvestraße und Bürgerwiese einen Ballen mit 120 Handtüchern, 36 Wischtüchern und 18 Tischdecken.

Mit dem Briefträger treppauf und treppab

Die Tätigkeit eines Briefträgers mag manchem recht mühelos erscheinen. Er nimmt am Morgen die Briefe in Empfang und schlendert damit durch die Straßen und gibt da einen und dort einen Brief ab. Im übrigen ein ganz angenehmer Spaziergang. Aehnlich mag auch die hohe **Direktion** die Arbeit eines Postboten bewerten und darum dessen geringe Entlohnung noch für viel zu hoch halten. Bei einem Tausch zwischen beiden würde wohl der Briefträger, aber nicht der Herr Direktor auf seine Rechnung kommen, und er würde dann sofort für Gehaltsaufbesserung der unteren Gruppen das Wort reden. Der Beruf eines Briefträgers ist alles andere als ruhig und angenehm.

Früh morgens um fünf Uhr heißt es heraus aus den Federn. Hastig wird das kümmerliche Frühstück heruntergeschlungen. Zu spät kommen steht unter Strafe. Der Briefträger eilt, um gegen 6 Uhr auf dem Postamt zu sein. Mit den letzten Zügen sind hier aber tausende Briefe eingelaufen und aufgestapelt. Diese müssen erst sortiert werden. Ein Vorsortierer verteilt sie nach den Revieren in Fächer. Diese enthalten die Post für zwei bis drei Briefträger, die sie auseinandersortieren müssen. Der Briefträger nimmt dann seine Briefe an seinen Arbeitstisch und sortiert sie in Fächerreihen, die auf seinem Tisch aufgebaut sind und die Häuser seines Reviers darstellen. Damit aber nicht genug. Es folgt eine dritte Sortierung, und zwar nach Etagen, nach links oder rechts wohnende Empfänger. Mit den Briefen sind aber auch eine Masse Zeitungen, kleine Päckchen und Einschreibesendungen eingelaufen, die alle mit auf die Tour genommen werden müssen. Die Taschen füllen sich, und die sogenannten „Anhänger" (Leinwandbeutel) müssen zu Hilfe genommen werden, die ebenso bald mit Post vollgepfropft sind. In die aufklappbare Ledertasche kommen die Briefe. Die Zeit ist während des Sortierens und Verstauens der Briefe schon weit vorgerückt. Bald acht Uhr. Der weite Sortierraum lichtet sich; ein Beamter nach dem anderen begibt sich mit seiner Post auf den Bestellgang.

Der Briefträger ein Lastträger

Wenn die Briefträger den Bestellgang beginnen, mit Taschen und Paketen behangen, schleppt mancher von ihnen eine Last von nahezu einem Zentner, mit der sie treppauf, treppab eilen müssen. Die Zeit, in der der Bestellgang erledigt sein muß ist genau vorgeschrieben. Die Bezirke, in denen nicht ganz so große Lasten von den Briefträgern getragen werden müssen (20 und mehr Kilo haben auch diese zu schleppen), sind von der vorsorglichen Postdirektion dafür um vieles größer gestaltet worden, auf daß es auch diesem Beamten nicht zu wohl werde. Viele Treppen muß der Briefträger ersteigen, bevor sich seine Last verringert.

Die Briefbestellung geht für die Beamten nicht ohne Beschwernisse ab. Mühsam ist der Briefträger in einem herrschaftlichen Hause die Treppen hinaufgeklettert. Ein etwas umfangreicher Brief geht nicht in den Schlitz des Briefkastens. Der Beamte klingelt. Wartet. Ungeduldig wartet er, denn seine Zeit ist abgemessen. Nichts rührt sich hinter der Tür. Er klingelt nochmals. Vergebens. Um diese frühe Zeit sind Geheimrats noch nicht zu sprechen. Der Briefträger muß die Postsendung wieder mitnehmen und auf dem nächsten Gang die Treppen noch einmal hochklettern. Solch Mißgeschick widerfährt dem Beamten des öfteren. An anderen „herrschaftlichen Häusern" prangt an der Tür ein Schild: Nur für Herrschaften. Die übrigen gewöhnlichen Sterblichen (und dazu gehört auch der Briefträger) haben den engen winkligen „Wirtschaftsgang" zu benutzen. Der Beamte erklimmt die Treppen und gibt, von Etage zu Etage steigend, da eine Zeitung, dort einen Brief ab. Viele Häuser haben auch noch Hinterhäuser, und ist der Beamte vorn kaum wieder die Treppe herab, gehts nach Durchquerung eines kleinen Hofes schon wieder treppauf. Hier sind die Treppen eng, winkelig und dunkel. Hier hausen nicht „Herrschaften", sondern Proleten, und für die sind nach Ansicht der Besitzenden die Wohnlöcher gut genug. Oft droht da dem Postbeamten Arm- und Beinbruch. War beim ersten Bestellgang volle Belastung, so nicht mehr bei den weiteren. Die weise Postdirektion hat auch diesen Dienst rationalisiert und beim zweiten, dritten und vierten Bestellgang fällt ein Drittel der Beamten aus — durch eine raffinierte Einteilung der Dienstschichten — und je zwei Beamte müssen den Bestellbezirk des dritten untereinander aufteilen und mit bestellen. Auf einem Bestellgang muß der Beamte von Haus zu Haus und so ein halbes Hundert [illegible] viele hundert Treppen hochklettern. Der Briefträger weiß [illegible] seinem vierten Bestellgang, was er geleistet hat, und von [illegible] rer körperlicher Arbeit matt und müde, kehrt er heim, um [illegible] nächsten Tage wieder — den gleichen Trott zu beginnen. [illegible] so fort, Tag für Tag.

Auf Kosten der Lungen

Diese schwere Arbeit geht natürlich nicht spurlos vorüber [illegible] sondern erschüttert nach und nach die Gesundheit der Beamten. Der dauernden Ueberanstrengung erliegt vor allen Dingen, [illegible] das ist das schlimmste, die Lunge. **Geradezu erschreckend groß ist die Zahl der Briefträger, die durch ihren schweren Dienst der Tuberkulose verfallen.** In Wind und Wetter muß der Briefträger seinen Gang machen. Durch das Treppensteigen kommt er leicht in Schweiß, dann tritt er wieder hinaus in die kalte Luft, und nicht lange, dann überfällt ihn die tückische furchtbare Krankheit. Ihre ersten Vorboten, ein Schwächegefühl tritt ein, aber der Beamte muß weiter seinen Dienst tun. Erst wenn er vollständig von der verheerenden Krankheit gepackt ist, wird er von der hohen Direktion auf einige Wochen in eine Heilstätte geschickt; das aber erst, wenn nicht mehr viel zu retten und ein schlimmes Ende kaum mehr abzuwenden ist.

Dafür eine „fürstliche Besoldung"

Für diese aufreibende Tätigkeit, bei der die Beamten ihre Gesundheit und die Existenz ihrer Familien aufs Spiel setzen, wird ihnen eine geradezu schamlose Besoldung zuteil. Ein unerhört raffiniert ausgeklügeltes **System** verschärft noch die Notlage der Beamten. Viele lange Jahre müssen sie für einen Hungerlohn treppauf, treppab steigen, um später einmal, im hohen Alter, das gerade sie meist nicht erreichen, in den Genuß einer „Pension" zu kommen. Diese „Pension" ist das Bündel Heu, was vor ihnen an die Deichsel gebunden ist und sie veranlassen soll, beim Ziehen nicht zu erlahmen. Um solch Ziel zu erreichen, müssen mitsamt der Familie die Beamten wahre Hungerjahre durchmachen, dieweil die Herren oben, die ihre [illegible] [illegible] oben in weichen Klubsesseln räkeln (nach Gruppe 13) [illegible] dicken [illegible] Gehälter einstecken und neue Schikanen für die unteren ausfinnen. Dafür ein Beispiel für viele. Im Februar dieses Jahres wurde ein planmäßig auf Lebenszeit angestellter Unterbeamter im Postdienst nach 25jähriger Dienstzeit im 44. Lebensjahr ohne genügenden Grund (wohl wegen **Mißliebigkeit**) bei einem Leipziger Postamt abgebaut und mit 80 Prozent Wartegeld in den „einstweiligen Ruhestand", [illegible] der Beamtenbesoldungsgruppe 3, Stufe 5, versetzt. Dieser Beamte, der noch **voll arbeitsfähig** ist und wider seinen Willen seine Tätigkeit aufgeben mußte, erhält nach der damit verbundenen Gehaltskürzung nach 25jähriger Dienstzeit ein monatliches Wartegeld von 157,30 Mark. Alle Einsprüche und Beschwerden gegen die Maßregelung **wurden von allen Instanzen** rücksichtslos abgelehnt. Einige Monate später wurde dem Beamten anheimgestellt, wieder vollen Dienst zu tun, aber und [illegible] nur als **nichtplanmäßiger** Beamter. Für diese volle Beschäftigung nun erhielt jener Postbote als „Zusatzlohn" eine Summe, die für einen 9- bis 10stündigen Arbeitstag sage und schreibe 1 Reichsmark und 23 Pfennig ausmacht. Da der Mehraufwand größer als der „Zusatzlohn" war, mußte der Beamte wohl oder übel auf die Dienstleistung verzichten. So springt die Postverwaltung mit Beamten um, die 25 Jahre der Post Kraft und Gesundheit geopfert haben.

Die Postbeamten, wenn sie endlich nach langem Hängen und Würgen „fest angestellt" und Postschaffner geworden sind, erhalten dann **nach Gruppe 3 das fürstliche Gehalt von 90 Mark** monatlich. Heiraten sie und **bekommen Kinder,** dann gewährt ihnen die famose Besoldungsregelung eine geringe Frauen- und Kinderzulage. Um aber bis zur Höchstgrenze seines Gehaltes hochzusteigen, muß er **volle 20 Jahre** seinen schweren Dienst tun. Nichts charakterisiert nun die „neue Besoldungsordnung" mehr als die Tatsache, daß nach ihr dieser Postschaffner ganze 11,25 Mark monatlich mehr erhalten soll und im günstigsten Falle (bei Frauen- und Kinderzulage) würde sein neues Gehalt nur 126,55 Mark ausmachen. **Und nun kann er 20 Jahre** lang, mit 20 bis 40 Kilo belastet, seinen Bezirk bestellen, bis er (wenn er nicht schon vorher an der Tuberkulose draufgegangen ist) die Höchstgrenze seiner Gehaltsgruppe erreicht hat.

Welche Miete habe ich am 1. Oktober zu zahlen?

Bei einer Jahresfriedensmiete von ℳ	Monatsmiete einschl. Mietzinssteuer 12½% d. Frd.-M. ℳ	Davon entfallen auf reine Miete 69% d. Frd.-M. ℳ	Mietzinssteuer 31% d. Frd.-M. ℳ
1	0,10	0,06	0,04
2	0,20	0,12	0,08
3	0,30	0,17	0,13
4	0,40	0,23	0,17
5	0,50	0,29	[illegible]
6	0,60	0,35	0,25
7	0,70	0,40	0,30
8	0,80	0,46	0,34
9	0,90	0,52	0,38
10	1,—	0,58	0,42
20	2,—	1,15	0,85
30	3,—	1,73	1,27
40	4,—	2,30	1,70
50	5,—	2,88	2,12
60	6,—	3,45	2,55
70	7,—	4,03	2,97
80	8,—	4,60	3,40
90	9,—	5,18	3,82
100	10,—	5,75	4,25
200	20,—	11,50	8,50
300	30,—	17,25	12,75
400	40,—	23,—	17,—
500	50,—	28,75	21,25

Gesperrt. Wegen Gleisbau wird die Straße Altplauen und die im Zuge dieser Straße liegende Weißeritzbrücke zwischen Zwickauer Straße und Tharandter Straße vom 28. September 1927 ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahrverkehr gesperrt.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die zur Erholung in Lengaries untergebrachten Kinder treffen am Freitag den 30. September 23.50 Uhr ein. Die Angehörigen werden ersucht, die **Kinder** zu der genannten Zeit auf dem Dresdner **Hauptbahnhof abzuholen.**

Rundfunk

Donnerstag den 29. September:

16,30—18,00 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle.
18,05—18,15 Uhr: Steuerrundfunk.
18,15—18,30 Uhr: Aufwertungsrundfunk.
18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Exsteren und C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene.
19,00—19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Freundschaft, Liebe, Ehe." Letzter Vortrag. Dr. Hermann Boeßneck: „Formen und Stufen der Liebe."
19,30—20,00 Uhr: Dr. Michael: „Hermann Sudermann zu seinem 60. Geburtstage."
20,00 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe.
20,15 Uhr: Hörspiel: Heimat.
22,00 Uhr: Funkpranger.
22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
22,30 Uhr: Funkstille.

Ein Meineidsprozeß

Im Arbeiterviertel der Hechtstraße hatte die Geschichte ihren Anfang genommen; — und am Montag rollte nun vor dem Schwurgericht Dresden einer jener Filme aus dem Proletariermilieu herunter, in dem die traurigen Bilder aus den Mietskasernen, — das ganze soziale und kulturelle Elend des Großstadtproletariats lebendigen Ausdruck fand.

*

Der Arbeiter Stern konnte seine Miete nicht aufbringen. Was nützte ihm seine Wohnung, wenn sein Verdienst nicht ausreichte, um den Zins zu bezahlen. Notgedrungen mußte er vermieten. Dabei verlockte ihn noch die Prämie in Höhe von 30 Mark, die von der Stadt Dresden für die Aufnahme eines jungen Ehepaares gezahlt wurde.

Die Angeklagte, Vertreterin irgend einer Verlagsgesellschaft, bei der sie einen monatlichen Durchschnittsverdienst von 100 Mark erzielte und mit dem sie für sich und ihr 6jähriges uneheliches Kind zu sorgen hatte, suchte ein Unterkommen. Frau Stern, der die Angeklagte Schweitzer als „junge Frau" vorgestellt wurde, schloß mit ihr den Mietvertrag ab. Nach Uebereinkunft wurden für zwei kleine Zimmer 35 Mark (!!) Miete monatlich gezahlt. Da die Schweitzer aber nicht verheiratet, sondern ledig war, kam Stern um seine Prämie. Darauf gab es Krach. Hausklatsch tat das übrige. Zank und Streit vergifteten die Atmosphäre, bis die Schweitzer wegen der hohen Miete Anzeige wegen Mietwucher erstattete. Es kam zum Prozeß. Stern und seine Frau wurden verurteilt. Im Verlaufe dieses Prozesses soll von der Schweitzer, wie ihr die Anklage zur Last legte, ein Zeugenmeineid geschworen worden sein. So sollte sie sich bei ihrem Einzug und beim Abschluß des Mietvertrages, entgegen den im Prozeß gegen Stern gemachten Zeugenaussagen, als „verheiratete Frau" ausgegeben und von „ihrem Manne" gesprochen haben, der als Vater ihres Kindes von seiner Ehefrau getrennt als Zahnarzt in Riesa lebt. Um sich nun wegen einer Verurteilung wegen Mietwuchers zu rächen, erstattete Stern Anzeige wegen Zeugenmeineid.

Vor dem Richter stand nun die ledige Mutter, auf [illegible] Gesicht sich die deutlichen Spuren schwerer körper[illegible] [illegible]licher Qualen widerspiegelten. Vom Va[illegible] [illegible] betrogen, um die Hoffnung ihres Lebens [illegible] eines Mannes gebracht, — auf der schma[illegible] [illegible] kümmerlichen und unsicheren Einkommens für ihr Kind sorgend, kämpfte sie verzweifelnd um ihre Existenz. Froh, endlich irgendwo, wenn auch zu fast unerschwinglichem Preise ein Dach über dem Kopf zu bekommen, gab sie zu, von „ihrem Manne" gesprochen zu haben, um die bei der Unterredung mit Sterns anwesenden Hausbewohner aus falscher Scham über ihre wirkliche Lage und Familienverhältnisse im unklaren zu lassen. Wenige Tage später erzählte sie aber ihren Vermietern den wahren Sachverhalt. —

Diese damals gefallene Aeußerung sollte ihr nun zum Verhängnis werden. Der Staatsanwalt ließ seine Zeugen aufmarschieren, die alle bestätigen sollten, daß die im Prozeß gegen Stern unter Eid beschworenen Aussagen wissentlich falsch gemacht worden sind. „Gute Freunde, getreue Nachbarn" kamen und zeugten gegen sie, meineidig sollte sie werden, — Klatsch und Tratsch wurden breit getreten, — positives aber wußte keine der Frauen, — noch einmal wurde das traurige Schicksal eines unglücklichen Proletariermädels zur Sensation eines Gerichtsprozesses.

Der Staatsanwalt benutzte die mageren Brocken der dürftigen Beweisaufnahme und

beantragte ein Jahr Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust.

Der Verteidiger, vom Gericht gestellt, schien an der Sache nicht besonders interessiert. Sein Plädoyer für Freispruch war mehr als schwach.

Nach langer Beratung verkündete der Vorsitzende, **Landgerichtsrat Dr. Kurth**

ein freisprechendes Urteil,

dessen Begründung in der mangelnden Beweisführung und der Feststellung gipfelte, daß bei der Angeklagten die Voraussetzung nicht gegeben sei, bei der Zeugenaussage die Bedeutung und die Tragweite der von ihr beschworenen Aussagen erkannt zu haben, gipfelte.

Dem Staatsanwalt war ein Opfer entgangen. — Nur wenig fehlte, und wieder wäre ein Proletariermädel hinter Zuchthausmauern gewandert. So füllen sich die Zwingburgen der Klassenjustiz, weil die [illegible] die in der Verfassung gegebenen Versprechungen, „jedem Deutschen eine Heim- und Wirtschaftsst[illegible] zu erfüllen. So „kuriert" die Klassengesellsch[illegible] den Paragraphenschlingen des bürgerlichen Rechtes jene „Verbrechen", die sie selber erzeugte.

Aus Ostsachsen

Kesseltreiben gegen die Arbeiterstimme

(Arbeiterkorrespondenz)

In Nr. 115 der Arbeiterstimme vom 18. Mai berichteten wir, was der hiesige Einwohner H. auf dem Rathaus zu Protokoll gegeben hat, und schrieben wörtlich:

„Zur Aufklärung folgendes: Vor einigen Tagen erscheint auf dem Rathaus der Einwohner H. und läßt sich beim Bürgermeister anmelden. Er läßt ihn eintreten, und H. ersucht Herrn Engelmann um Einleitung eines Strafverfahrens gegen einen Kommissar Herrn Stolle, da er tags zuvor von ihm tätlich angegriffen und in schwerer Weise beleidigt worden sei. Herr Engelmann beauftragt den Inspektor Kaiser zwecks Aufnahme des Protokolls, und so wurde u. a. auch Vorstehendes aufgenommen und der Staatsanwaltschaft weitergeleitet. H. steht für seine Angaben mit dem Eide ein, auch dafür, daß er dreimal angefaßt und an die Wand gedrückt worden sei. Was daran Wahres ist, wird die kommende Verhandlung ergeben. Wir behaupten noch nichts. Herr Engelmann, aber wir fragen Sie: Wie stellt sich der Kommissar zu dieser Angelegenheit, und was gedenken Sie als Chef der Königsteiner Polizei zu tun? Um Antwort wird gebeten, aber nicht etwa auch die Staatsanwaltschaft! Wir behalten diesen Fall im Auge, warten das Urteil ab, und dann stellen wir noch ein Urteil gegenüber. Nämlich wie vor längerer Zeit Herr Stolle in Pirna von einem Fremden, der ihn nicht kannte, beleidigt wurde und dieser, trotzdem ihm der § 51 zugute kam, verurteilt wurde, und noch dazu in welcher Höhe."

So zu lesen am 18. Mai, und nach fünf Monaten eine Anzeige erstattet gegen den Genossen Hermann. Die Staatsanwaltschaft Dresden ließ H. am 24. September vernehmen zu dem Artikel vom 18. Mai, und wie in all den vielen Vernehmungen in letzter Zeit, lautete auch hier die Erklärung:

Jede Aussage wird grundsätzlich verweigert!

Wie soll das noch lange so weitergehen mit den Vernehmungen? Innerhalb kurzer Zeit fanden statt:

zwei Vernehmungen durch die Kriminalpolizei,
eine Vernehmung durch die städt. Polizei,
eine Vernehmung durch das Amtsgericht.

Weiterhin zu Vernehmungen zu erscheinen, ist sinnlos, denn eine Vernehmung auf dem Amtsgericht bedeutet den Verlust von 5 Arbeitsstunden, da H. auswärts in Arbeit steht, und das ist für die Dauer untragbar, also Schluß damit!

Wenn man bedenkt, daß wegen des angeblichen Anklebens einer Zettel bis jetzt beinahe zwanzig Vernehmungen stattgefunden haben, die Akten überall hingesandt wurden zur Vernehmung der angeblich Beteiligten, dann muß man sich verwundert fragen: Wozu die Aufbietung und Anstrengung des Behördenapparates und die unnötigen Kosten? Wir warten darauf, daß recht bald die Verhandlung stattfindet und daß die Frau des Polizeibeamten Findeisen den Eid ablegt, dahingehend, daß sie gesehen hat, daß Genosse H., nachts zwei Uhr einen Zettel geklebt haben soll!

Die Königsteiner Arbeiterschaft ist empört über das Verhalten einiger Beamten der städtischen Polizei. Sie alle waren bis zum Kriegsausbruch — Arbeiter, gingen harter, schwerer Arbeit nach, waren erwerbslos — Saisonarbeiter, nahmen teil an Streiks und standen in der Arbeiterbewegung. Der Anzeigeerstatter gegen H., der Polizeikommissar Stolle, war einst auf der hiesigen Werft tätig, als — Arbeiter gewesen, wurde Polizeiwachtmeister in Heidenau und als Mitglied der SPD gegen die Stimmen unserer Vertreter nach hier als Kommissar gewählt. Und er, wie die Hälfte der städtischen Polizeibeamten, hatten einst das SPD-Buch in der Tasche, heute aber nicht mehr, und nicht, daß sie erbitterter geworden wären, nein, sie sind anderes...

Aber was seid ihr denn? Genau noch die Proleten wie eins, und da hilft auch die Uniform nicht darüber hinweg. Wollten wir euch vorrechnen, was ihr pro Monat verdient, die Abzüge für die Kleidung und alles abgerechnet, nun, ach, es ist ja so herzlich wenig, und euer Leben ist genau so wie das eines Proleten! Euren Dienst des Tages, des Nachts berechnet, ergibt einen Stundenlohn von 52 Pf.! Und euer Verhalten gegen Arbeiter bleibt unverständlich!

Je mehr der Vernehmungen, der Prozesse, desto größer und stärker der Wille zu weiterer Arbeit.

Allen denen, die uns bekämpfen mit allen Mitteln, sagen wir:

Die Kommunisten in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!
Denn — nun erst recht!
(Der rote Scheinwerfer von Königstein.)

Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer-Erhöhung

Weißig bei Freital. Bei der abermaligen Beratung über die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer verfiel der Antrag der SPD, 150 Prozent zu erheben, der Ablehnung. Unsere Genossen stimmten selbstverständlich gegen die geplante Massenbelastung. Die Bewohner der Bergmannssiedlung stellten den Antrag, ab 1. Oktober für alle im Bergbau Beschäftigten nur 100 Prozent festzusetzen. Genosse Paul erweiterte diesen Antrag auf sämtliche Gemeindegrundstücke. Nur die Genossen der KPD-Fraktion führten hierbei einen entschlossenen Kampf gegen den Mietwucher. Bei der Abstimmung brachte es die SPD fertig, gegen diesen Antrag zu stimmen, während es die sich vor der Stimmung der Bevölkerung etwas mehr fürchtenden Hausbesitzer vorzogen, sich der Stimme zu enthalten. Dadurch wurde der Antrag mit 4 Stimmen der Kommunisten gegen 3 Stimmen der Sozialdemokraten bei 2 Stimmenthaltungen der Bürgerlichen angenommen.

Freital. Luftleiter zum Rundfunkempfang. Die in der heutigen amtlichen Bekanntmachung des Rates der Stadt Freital angeführte Ministerialverordnung über äußere Luftleiter zum Rundfunkempfang vom 14. Oktober 1926 kann im Rathaus, Zimmer Nr. 13, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Die dem Schutz der Feuermeldealarmanlage dienenden Zäune können bei Nichtbeachtung das einwandfreie Arbeiten der Anlage stark gefährden.

Gittersee. Der Verein Männer- und Frauenchor Gittersee und Umgegend veranstaltet am 1. Oktober unter Leitung des Gau- und Bundesdirigenten, Kapellmeisters Paul Beege, im Gasthof Gittersee einen Hugo-Jüngst-Abend. Der erste Teil enthält Volksweisen aller Länder für Männer-, Frauen- und gemischte Chöre, während der zweite Teil mit dem Chorwerk „An der Wolga" (op. 104), Zyklus für Männerchor mit Orchesterbegleitung, unter Benutzung russischer Volks- und Zigeunerweisen, bestritten wird. Text und verbindende Dichtung von Richard Stacher. Rezitation: Edith Wiese (Alberttheater). Parteigenossen und Zeitungsleser! Haltet euch diesen Tag frei, ein Besuch ist nur zu empfehlen.

Proletarische Unterhaltungsabende

Donnerstag den 29. September im Schusterhaus Cotta
Freitag den 30. September in der Reichskrone Neustadt.
Anfang 20 Uhr. Eintritt 40 Pf.

Sichel und Hammer

In diesem Zeichen . . .

Zur Werbewoche der Kommunistischen Partei und Presse!

Ihr lebt euer Leben zu Ende.
Lebt ihr?
Nein.
Ihr gespenstert.
Mit ziehenden Schritten schleppt ihr euch von der Arbeit nach Haus,
Fallt schwer wie ein Sack ins Bett,
Steht wieder auf —
Lebensöde, ein mörderisches Einerlei:
Das ward euer Los.
Der Bauch voll Hunger, Sorgen im Kopf, daß man nicht weiß, wo ein, wo aus:
Und das nennt ihr „Schicksal" und duckt euch.
Habt ihr nie gefragt: warum,
Habt ihr nie an Gottes Hoheit gerührt: warum?
Ja, warum!?

Die Antwort ist einfach, die Antwort ist jedem klar
Die Antwort steht täglich in allen Zeitungen.
Die Antwort ist jedem eurer Bedrücker ins Gesicht geschrieben:
„Ich, ich, Freundchen, bin es,
Der es nicht leiden darf, daß du lebst.
Du oder ich.
Leben kann nur einer von uns beiden.
Ich aber bin der Stärkere, habe die Macht.
Also, Freundchen, halt das Maul fein still —
Krepiere!"

Aber wenn ihr nicht verrecken wollt,
Was dann?
Wenn ihr nicht wollt, daß eure Kinder und Kindeskinder
Ebenso wie ihr euer Blut verschwitzen
Um ein winziges Stücklein täglichen Brots!
Was, was ist dann zu tun?

Die Antwort ist einfach, die Antwort ist jedem klar.
Die Antwort steht täglich in allen Zeitungen.
Die Antwort hat die Not dir selbst ins Gesicht geschrieben:
Kämpfen mußt du um dein Leben,
Zusammentun mußt du dich —
Hast du einmal vielleicht die roten Fahnen flattern seh'n,
Ueber Zügen, Marschkolonnen?!
Die, die wissen, was zu tun ist,
Die marschieren den Marsch des Lebens —
Unter roten Fahnen.

In diesem Zeichen wirst du siegen.

Johannes R. Becher.

Hinein in die Kommunistische Partei!
Werdet Leser der kommunistischen Presse!

Denunzianten in Ottendorf-Okrilla

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Die Glasfabrik Aug. Walther u. Söhne, A.-G., holt sich seit Jahren Arbeitskollegen aus Oberschlesien, weil sie denkt, dort billige Arbeitskräfte zu erhalten. Wie werden nun die Oberschlesier, die ja alle Hilfsarbeiter sind, behandelt? Wohnung hat man ihnen in einem Ledigenheim gegeben, das abseits vom Orte hinter der Fabrik gelegen ist. Schon die Hausordnung sorgt dafür, daß ja nicht etwa einige Arbeitskollegen vom Kommunismus beeinflußt werden. „Ohne Anmeldung beim Hausmann kein Zutritt!" Warum das wohl? Nun weil etliche Oberschlesier sich bei den Kommunisten organisierten, trotz aller Schikanen. Deshalb die scharfe Anwendung der Hausordnung von dem neuen Hausmeister Großmann mit seinem Stab von Liebedienern und Beobachtern. Im vorigen Herbst schon wurden mit Hilfe dieses Herrn Großmann drei Jugendgenossen entlassen. Und wiederum passierte vor wenigen Tagen dasselbe einem Kameraden des RFB. Der Hilfsarbeiter und Genosse Wilhelm Stegmann wurde plötzlich entlassen, weil er im Verlaufe eines Streites eine handgreifliche Antwort gegeben hatte. Sofort denunzierten die Herren aus dem Stabe Großmanns den Genossen beim „Allgewaltigen", einem Herrn Unger, seines Zeichens Angestellter der Firma, und dieser erklärte, er sei auf der Stelle entlassen. Darauf entstand ein Wortwechsel zwischen unserem Genossen und Unger. Unger drückte sich gegenüber den Oberschlesiern dahin aus, daß es bei ihnen „wie bei den Schweinen" zuginge, worauf Stegmann prompt antwortete: „Und Sie sehen uns ähnlich!" Damit nun unser Genosse nicht erst versuchen sollte, in anderen Glasbetrieben Arbeit zu finden, machte ihn Unger in seinem ihm eigenen Tone aufmerksam, daß das zwecklos sei,

er hätte die Firmen schon verständigt.

Welche Rolle dieser „Angestellte" der Firma spielt, haben wir längst erkannt. Daß sich aber Arbeiter, wie genannter Arthur Großmann und sein Stab finden, die solchen Leuten Hilfsdienste leisten und damit eigene Klassengenossen in Not und Elend stürzen, ist ein trauriges Kapitel. Es verdient, festgenagelt und allen Arbeitern bekanntgemacht zu werden, daß nicht eines Tages auch sie dasselbe Los ereilt, wenn sie vom Kapital genügend ausgebeutet und nicht mehr zuverlässig genug sind, wie es bei der „Weltfirma" Walther u. Söhne schon manchem Klassengenossen gegangen ist. Sie sollten endlich einmal begreifen, daß ihr Henkerdienst **Verrat an der Arbeiterschaft** ist, der einst gerächt wird, wenn wir die Richter sind.

Ueber die noch vorhandenen untragbaren Zustände berichten wir ein andermal.

Die „Rote Gefahr" im Rödertal.

KPD- und sympathisierende Gemeindevertreter

für den Unterbezirk und die Amtshauptmannschaft Pirna
Sonnabend den 1. Oktober 1927 im Volkshaus Pirna, abends 7 Uhr,

Gemeindevertreter-Konferenz

Das Erscheinen aller Gemeindevertreter ist Pflicht!

„Schlachtenspangen" in Heidenau

(Arbeiterkorrespondenz)

„Schlachtenschüsseln" sind uns allen bekannt, vielen vielleicht nur dem Namen nach! Neuerdings tauchen nun

„Schlachtenspangen"

auf, und dies in Heidenau, der Stadt der Arbeiter! Was sind nun das für Dinger? Schlachtenschüsseln dienen dem inneren Wohl des Leibes und die Schlachtenspangen — sie sind geschaffen für die treudeutschen Heldenbrüste in Heidenau. Vor etlichen Tagen lasen wir nachstehenden Auszug im Pirnaer Anzeiger, den wir zunächst beiseite legten, weil einem übel wurde .... Dort hieß es unter anderem: „Den Kern des Abends bildete die Verleihung der Schlachtenspangen an etwa 90 Mitglieder des Vereins. Da das Reich sich nicht zur Herausgabe einer den Kriegsauszeichnungen gleichzustellenden Kriegsdenkmünze entschließen konnte, schuf der Kyffhäuserbund eine solche. Der Sächsische Militärvereinsbund tat ein übriges: Er stellte Schlachtenspangen her, auf denen die Teilnahme an den einzelnen Schlachten des Weltkrieges verzeichnet ist, und die in Verbindung mit der Kyffhäuserdenkmünze getragen werden. Als erster im gesamten Bundesbezirk nahm der Militär- und Kriegerverein Kameradschaft die Verleihung in einer Form vor, welche die Ehrerbietung vor den Kriegsteilnehmern in eindrucksvolle Form kleidete. Der Verein ehrte mit dieser Veranstaltung sich selbst. Die Ueberreichung gestaltete sich zu einer Feierstunde, welche alle Soldatenherzen höher schlagen ließ. Vom Herzen zum Herzen drang schon die Begrüßungsrede des Vorsitzenden, Kameraden Paul Centner. Keinen passenderen Tag habe man für die Ehrung der Kriegsteilnehmer wählen können, so führte der Vorsitzende aus, als die Nähe des Sedantages, weil dieser Tag den alten Soldaten auch heute noch als Ehrentag gilt. Eine besondere Freude sei es dem Vorstand, die Schlachtenspangen den Kriegsteilnehmern dank des kameradschaftlichen Sinnes der Vereinsmitglieder unentgeltlich geben zu können. Nachdem die Empfänger der Auszeichnung Aufstellung genommen, wurde die Fahne unter Begleitung der Gewehrabteilung eingebracht. Fräulein Bergmann sprach deklamierend einen Prolog, in dem die Krieger als Paladine des Volkes gefeiert wurden. Dann nahm der 2. Vorsitzende, Kamerad Portius, das Wort zur Ehrung der Kriegsteilnehmer. In markigen Worten ließ er die Gedanken zurückschweifen in die Zeit, da das deutsche Volk sich erhob wie ein Mann zur Verteidigung seiner Freiheit und Ehre, zum Schutze seiner Güter, die es mit großem Fleiß sich geschaffen. Selig die Toten, die in jenen Jahren im reinen Glauben an die deutsche Sache geblieben sind, so heilig, so fromm. Wir sind trotzdem letzten Endes geschlagen worden, ja wir wurden geschändet. Leider gibt es in unserem Volke viele, die das nicht fühlen. Ein ganzes Volk wurde in den Schmutz getreten, und du fühlst es nicht? Es ist dein Volk! Nicht müde dürfen wir werden in der Bekämpfung der Lüge von der deutschen Kriegsschuld, der Lüge von den Kriegsgreueln. Man nahm uns unsere Wehr, das Zeichen der freien Nation, nahm uns unsere Schiffe, unsere Ströme, nahm uns neun Millionen deutsche Brüder, die so gern bei uns bleiben oder zu uns kommen wollten, legte uns Lasten auf, die zu tragen über unsere Kraft geht. Nicht auf den Kampf im Felde beschränkte man sich. Frankreich führte den Krieg auch gegen unsere Gefangenen, England gegen unsere Frauen und Kinder. Zehn waren es gegen einen. Und du, Deutscher, der du das alles weißt, du fühlst es nicht? Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß wir den Krieg verloren haben. Aber wir verzweifeln darüber nicht. Wieder frei zu werden, muß unser Trachten sein. Ein freies, ein stolzes Volk müssen wir werden. Ihr Krieger habt voll und ganz eure Pflichten erfüllt, ihr habt die deutsche Heimat vor den Verheerungen des Krieges bewahrt. Als Ersatz für die fehlende Reichs-Kriegsdenkmünze hat der Kyffhäuserbund ein solches Ehrenzeichen geschaffen, und der Sächs. Militärvereinsbund dazu die Schlachtenspangen. Die ersten Schlachtenspangen überreichen wir im Geiste den gefallenen Helden."

Was sagt ein Herr Portius aus Heidenau? Es gäbe viele, die die Schändung des deutschen Volkes nicht fühlen. Ja, dafür fühlen diese Leute, die Arbeiterschaft, die Arbeitslosigkeit, die Justiz am eigenen Leibe, und haben weder Sinn noch Zeit für derlei Dinge wie Schlachtenspangen, solange sie nicht genießbar sind! Weiter sagt P., man müsse sich mit dem abfinden, daß wir den Krieg verloren — na, da wird es höchste Zeit, Herr Portius, sonst könnte inzwischen auch der nächste Krieg verloren sein, während man das vom ersten noch nicht begriffen hat. — Was würden die Gefallenen zu den „Schlachtenspangen" sagen, die man ihnen „im Geiste" überreichte? Ganz gewiß nur:

Macht Schluß mit diesem Tamtam, sorgt vielmehr für unsere Hinterbliebenen, gebt ihnen das Versprochene, nicht Bettelpfennige aus der Hindenburgspende, sondern auskömmliche Renten!

Wann werden die Arbeiter, die heute noch in den Militärvereinen strammstehen, zu der Erkenntnis kommen, daß sie nichts in diesen Vereinen zu suchen haben, und daß sie marschieren müssen mit der Partei des revolutionären Proletariats, mit der

Kommunistischen Partei!

Wann werden sie begreifen, daß ihre Belange nur vertreten werden von der kommunistischen Presse.

(Der rote Scheinwerfer von Königstein.)

Immer wieder Unfälle beim Mähen mit Maschinen

Der Sächsischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft sind — wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer erfährt — wiederum zwei schwere Unglücksfälle gemeldet worden, von denen Kinder von 11 und 13 Jahren betroffen waren, die zu Hilfeleistungen beim Mähen von Getreide herangezogen worden sind. Es wird auf die Unfallverhütungsvorschriften erneut hingewiesen, die verbieten, daß Kinder unter 14 Jahren an landwirtschaftlichen Maschinen zur Hilfeleistung verwendet werden. Die beiden Unglücksfälle, die bei Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften hätten vermieden werden können, werden die Ausgaben der Berufsgenossenschaft für die nächsten Jahre beträchtlich belasten.

So sieht die „sonnige Jugend" der Kinder des Proletariats aus! Diese kleine Meldung beleuchtet blitzartig die Lage der Landarbeiter. Mann, Frau und Kinder werden gezwungen, bei schwerer Arbeit vom zeitigen Morgen bis in die späte Nacht für Bettelpfennige für den Großagrarier zu arbeiten. Erschreckend hoch ist die Zahl der berufstätigen Kinder. Nicht nur, daß sie in ihrer Freizeit als Laufburschen tätig sind, um den kargen Lohn des Vaters ein klein wenig zu erhöhen, nicht nur das Tausende morgens um 5 Uhr für Muttern stundenlang treppauf, treppab die Zeitung tragen, um dann müde und abgehetzt in die Schule zu gehen, nein — Hunderte und Tausende stecken im Betrieb wie Erwachsene, sei es in Textil- oder Metallbetrieben, oder sei es, daß sie vom Besuch der Schule befreit (!), in der Landwirtschaft arbeiten.

Rücksichtslos, viehisch, brutal, so werden die Kleinen bereits von einem profitgierigen Unternehmertum bis aufs Blut ausgesogen. Bleichsüchtig, unterernährt und unentwickelt, körperlich und geistig verkrüppelt, so siechen sie in ihrer „Jugend" dahin! Wieviel Tausende sterben alljährlich in Deutschland im blühenden Alter von 17 bis 25 Jahren an Schwindsucht? — Wieviel Tausende verunglücken bei der Arbeit? — Was kümmert es die Kapitalisten — Profit ist die Hauptsache. An anderer Stelle bringen wir darüber, wie Unternehmer mit ihren Lehrlingen und Arbeitern umgehen, ein hierfür charakteristisches Beispiel.

Proletarierjugend vor die Front! Wehrt euch gegen verbrecherische Unternehmer! Hinein in den Kommunistischen Jugendverband, um gemeinsam Schulter an Schulter mit den Erwachsenen den Kampf für wirklichen Jugendschutz zu organisieren. Hier hilft nicht jammern, nur durch unerbittlichen, zähen Kampf ist das Elend zu beseitigen!

(J.)

Arbeiter-Sport

Was man nicht für möglich halten sollte!

Im Erzgebirgischen Volksfreund vom 17. September findet sich folgendes amüsante Stimmungsbild, das zugleich den wahren Geist der bürgerlichen Sportideologie bloßstellt:

Eiche Zschorlau 1—Teutonia Bockau 1. Nach fast einjährigem Abbruch aller sportlichen Beziehungen zwischen obengenannten Vereinen verpflichten die diesjährigen Punktspiele beide Vereine, sich auf dem Gemeindesportplatz am Läseweiterweg in Bockau gegenüberzutreten. Der Sportinteressent wird sich noch sehr gut an jenen Novembersonntag des Jahres 1926 erinnern, wo das letzte „Nachbarortsderby" nach erbittertem Kampfe wegen eines unliebsamen Zwischenfalles abgebrochen wurde und der schuldige Teil erst vor dem Hauptspielausschuß in Leipzig festgestellt werden konnte. Seit jener Zeit scheint sich die Spielstärke der beiden Vereine bedeutend geändert zu haben. Während Zschorlau seit Beginn der Punktspiele tapfer kämpft und den zweiten Platz in der Tabelle bis jetzt innehat, verliefen die Bockauer Teutonen scheinbar in einen „Dornröschenschlaf", aus dem sie vor kurzem wieder erwacht sind. Das Spiel steht in bezug auf den Sieg offen.

Unmittelbar darunter eine Notiz des beteiligten Vereins:

FC Teutonia, Bockau. Wir haben besondere Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß **allen Zuschauern im Interesse der Sicherheit** am kommenden Sonntag zum Spiele Bockau—Zschorlau verboten ist, **mit Spazierstöcken und dergleichen Geräten den Gemeindesportplatz zu betreten.** Spieler, die vom Platze gewiesen werden sollten, haben sich sofort zu den Platzordnern des FC Teutonia Bockau zu begeben. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir Zuschauer, die den Schiedsrichter oder einen Spieler belästigen oder tätlich angreifen, durch die Polizei feststellen und bestrafen lassen.

Da staunst du, — lieber Leser! tzd.

Wanderfreuden zu Wasser

tzd. Froher Gesang schallt über den Fluß. Faltbootfahrer ziehen daher in ihren leichten, flinken Fahrzeugen. Die Paddel greifen ruhig und taktmäßig ins Wasser. — Viele Opfer des einzelnen waren nötig, um das erleben zu können. Augen und Wangen leuchten, und die vom Fabrikdunst zermürbten Lungen atmen frei. Nun fahren sie hinaus, arbeitende Menschen, und mit ihnen ist die Sehnsucht.

Ein Ruderboot schießt vorbei. Die Riemen klatschen und die Körper der Ruderleute dehnen und straffen sich in packender Disziplin. Die Bewegungen der Glieder sind eins, fließen ineinander, — Gemeinschaft. — Am Heck flattert die kleine rote Fahne, sie kündet es allen: Arbeiter.

Ein Segelboot gleitet daher. Stolz bläht sich das leuchtende weiße Leinen, und der Wind singt darinnen sein Lied. — Akkorde der Freiheit. — Lächelnd bedient der Arbeiter-Steuermann sein Schifflein und führt es mit sicherer Hand über die hellschimmernden Wogen.

So wandern alle hinaus. Fern liegt die Stadt. Heute ruhen Kessel und Maschinen. Arbeiter halten nach sechstägiger Fron ihren Feiertag, suchen Erholung und Freude. Die Wanderfreuden im Boot, der Kampf mit den Elementen schafft Lebensfreude.

Bisher war dieser Zweig des Wassersportes ein Privileg des Bürgertums. Doch auch die Arbeiterschaft erkannte seine gesundheitlichen Vorzüge. Das Faltboot ist nach dem Kriege ein sehr beliebtes und volkstümliches Wanderfahrzeug geworden. Der ehedem nur „feudale" Rudersport fand in Arbeitersportkreisen ernsthafte Anhänger. Der Arbeiter-Segler-Verband entwickelt sich günstig.

Im wasserreichen Sachsen hat der Wasserfahrsport eine Zukunft. Einige Vereine besitzen an der Elbe, Elster und Mulde eigene Bootshäuser. Die sportliche Ausbildung der Wasserfahrer zeigten bestens die Regatten, bei denen in diesem Jahre allerorten nur Gutes gezeigt wurde. F. Sch.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Bezirk Groß-Dresden. Ausfahrten Sonntag den 2. Oktober. Altstadt: T.-Tour Liebstadt-Breitenau, Abfahrt 8 Uhr Schützenplatz. — Cotta: 1. Oktober Wanderabend nach der Weltemühle, Abmarsch 7 Uhr mit Musik vom Anker. 2. Oktober R.-Tour Warnsdorfer Quelle, Abfahrt 13 Uhr. — Kaditz: T.-Tour nach Gottleuba—Liebstadt, Abfahrt 7 Uhr. — Kemnitz-Stetzsch: Herren- und Damentour. Wohin? Treffen 12 Uhr. — Löbtau: T.-Tour Talsperren Malter und Klingenberg, Abfahrt 6 Uhr Bienertmühle. — Neustadt: T.-Tour Frauenstein, Abfahrt 6 Uhr Wilhelmplatz. Nachmittagstour: Dippoldiswalde, Abf. 13 Uhr Wilhelmplatz. Treffen mit den Tagestourteilnehmern im Schützenhaus. — Striesen: Tagestour Seifersdorfer Tal, Abfahrt 7 Uhr. — Süd: 1. Oktober Generalversammlung (Neuwahlen), Beginn 19.30 Uhr. — Spornost: Ausfahrt nach der Spitzgrundmühle. Abfahrt 2 Uhr Albertplatz.

Turnerschaft Pieschen, Spiel- und Sportabteilung. Donnerstag den 29. September, 20 Uhr: Außerordentliche Versammlung aller Spieler in den Mitgliedermannschaften. Bei Nichtanwesenheit erfolgt keine Aufstellung.

Burgk 1—Wurgwitz 1 4:2 (4:2).

Mit Hilfe des Torwarts und eines Verteidigers der Gäste kommt B. binnen kurzem zu billigen Erfolgen. Trotz Ueberlegenheit kann W. nur zwei Tore entgegenstellen. Auch ein Elfmeter wurde noch verschossen. B. verteidigte zum Schlusse vielbeinig. Der Sieg ist mehr als glücklich zu bezeichnen.

(1:1 hat das Spiel nicht gestanden.) E. W.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Unterbezirkskonferenzen

am 2. Oktober:

Dresden: im Bürgerkasino, vorm. 9.30 Uhr. Ref. Gen. Ulbri[cht]
Pirna: im Volkshaus, vorm. 9.30 Uhr. Ref. Genosse Rädel.
Freital: Kinderheim der JAH., vorm. 9 Uhr. Ref. Gen. Hoo[…]

Donnerstag den 29. September:

Orgkommission im Parteibureau, 19 Uhr.
Stadtteil 1, Straßenzellen A, B, C. Versammlung im Brandenburger Hof, 19.30 Uhr.
Freital. Wichtige Mitgliederversammlung im Kinderheim der JAH., 19.30 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband

Achtung! Wichtig!

Bezirks-Agitpropabteilung.

Alle Mitglieder der Agitpropabteilung haben am Donnerstag dem 29. September, 19.30 Uhr, im Sekretariat, Columbusstraße 9, zu erscheinen.

Donnerstag den 29. September:

Neustadt-Ost. Alles trifft sich 19.30 Uhr auf dem Bischofspla[tz] zum Abendbummel. Bei schlechtem Wetter im Lokal. Bringt Freunde und Liederbücher mit.
Dresden-Altstadt. Gruppenabend im Rest. Schirmer, F[…]platz. Thema: Reichsschulgesetz.
Südwest. Gruppenabend fällt aus. Wir gehen alle […] Schusterhaus zum Unterhaltungsabend des RFB.
Gittersee. Gruppenabend im Rest. Rehbock, 19.30 Uhr. T[…] Warum müssen wir uns gewerkschaftlich organisieren[?]

Jung-Spartakus-Bund

Mittwoch den 28. September:

Johannstadt, 17 Uhr Zusammenkunft bei Frommhold, […]straße. Liederbücher mitbringen.

Donnerstag den 29. September:

Gruppe Kaditz. Gruppenabend im Trachauer Hof, 17.3[0] Genossen, erscheint zahlreich, bringt die alten Faulenze[r] wir lernen Lieder. Vergeßt die Bücher nicht.

Roter Frontkämpferbund

Mittwoch den 28. September:

Ortsgruppe Heidenau. 19 Uhr Gruppenführersitzung bei […]
Ortsgruppe Lausa. 20 Uhr wichtige Mitgliederversammlu[ng] Lokal Gäbler. Jeder Kamerad erscheint pünktlich, un[d nie]mand versäume sein Mitgliedsbuch.

Donnerstag den 29. September:

Ortsgruppe Heidenau, 19.30 Uhr Gruppenversammlung Reichskrone. Alles hat zu erscheinen.
Abteilung 2. Allgemeine Funktionärsitzung im Heim, 19.3[0]

Freitag den 30. September:

Pirna. 19.30 Uhr Unterhaltungsabend im Volkshaus.

Sonntag den 2. Oktober:

Pirna. 6.15 Uhr vorm. Stellen am Volkshaus zum Aus[flug] nach Lohmen.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattu[ng]

Donnerstag den 29. September:

Laubegast-Tolkewitz. 19.30 Uhr Versammlung im Rest. Laubegast, Leubener Straße. Vortrag von Lehrer […] (Dresdner Lehrerverein) über: „Die Idee der we[ltlichen] Schule und der Keudellsche Reichsschulgesetzen[twurf]". Gäste willkommen.

Zschachwitz, Turnhalle der Schule An der Aue

Ausstellung über Gesundheitspflege

vom Deutschen Hygiene-Museum, Dresden

Freitag, d. 30. September, bis Donnerstag, d. 6. Oktober

Geöffnet: Werktags von 11 bis 13 und von 14 bis 20 Uhr
Sonntags von 10 bis 18 Uhr

Eintritt für Erwachsene 20 Pf., Kinder in Begleitung Erwachsener 10 Pf., Erwerbslose mit Ausweis sind frei

Zu regem Besuch ladet ergebenst ein

Wohlfahrts- u. Jugendamt d. Bezirksverbandes Pirna

Wo ist das beliebteste Bier- und Speiselokal?

Immer im

Viktoriakeller

Waisenhausstr. 26

Tägl. Künstlerkonzerte

Mittagsgedecke von 90 Pf. an

In besonderem Interesse verkaufe ich jetzt

prima Bettfedern

zu denkbar billigen Preisen. Herrschaftsschleiß 5 M., weiße Halbdaunen 4.50 und billiger. Lassen Sie sich nicht auf dem Bahnhof oder auf der Straße durch von der Konkurrenz bezahlte Leute irreführen. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang.

Lehnert, Filippsdorf bei Neugersdorf

Werbt Leser für die Arbeiterstimme

Allen denen, die uns beim Heim[gange] unseres lieben Entschlafenen, des Kl[…]machers

Max Krone

ihre Anteilnahme in so liebevoller Wei[se] kundtaten, herzlichsten Dank.

Meißen, den 27. Sept. 1927.

Zugleich im Namen der Angeh[örigen]

Else Krone geb. Bretschne[ider]

Volkshaus Dresden-Ost

Schandauer Str. 73 / Telefon 31725

empfiehlt seine guten Speisen und Getränke

GRÜNE WI[…]

Die beliebte[n]

Balltage

Donnerstags: Herren 80, Da[men …]

Sonntags:

Tanzmarken — Tanzb[…]

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Der am 14. Oktober 1926 erlassenen und am 1. November 1926 in Kraft getretenen Ministerialverordnung über äußere Luftleiter zum Rundfunkempfang ist bei Errichtung dieser Anlagen gewissenhaft nachzukommen. Zum Schutze der Feuermeldealarmanlage im Stadtgebiet Freital ist noch folgendes zu beachten:

1. Isolatoren der Feuermeldealarmanlage dürfen nicht als Stützpunkte für Antennen benutzt werden.
2. Erdleitungen in den Wohnungen, in denen sich Weckeranschlüsse befinden, sind keinesfalls als Erdleitung für Rundfunkanlagen zu verwenden.

Für sämtliche nach dem 1. November 1926 errichteten Anlagen ist eine Ueberprüfungsgebühr von 2.— RM zu bezahlen (vergl. § 9 der angeführten Ministerialverordnung).

Rat der Stadt Freital, am 22. September 1927.

36. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Freital.

Die Stadtverordneten haben mit Zustimmung des Rates folgendes Ortsgesetz beschlossen:

Gemeindliche Zuschlagsteuer zur Gewerbesteuer und Grundsteuer.

Die nach § 30 des Gewerbesteuergesetzes und § 32 des Grundsteuergesetzes vom 30. Juli 1926 in der Stadt Freital zu erhebende Zuschlagsteuer wird für das Rechnungsjahr 1927 auf 150 v. H. der staatlichen Steuer festgesetzt.

Freital, am 8. September 1927.

Der Rat der Stadt.
(Sipl.) gez. Klimpel,
Oberbürgermeister.

II Frt 33. **Genehmigt in Ermächtigung des Kreisausschusses. Kreishauptmannschaft Dresden,** am 16. September 1927.
(Sipl.) gez. Buck

Rat der Stadt Freital, am 23. September 1927.

[…]**iete.** Vom 1. Oktober an beträgt die gesetzliche […] der Friedensmiete und die Aufwertungs[…] 51 Prozent.

[…] Stadt Freital, am 24. September 1927.

V.-O.-Lichtspiele im Volkshaus Dresden-Ost
Schandauer Str. 73, Ecke Altenberger Straße

Ab Donnerstag bis Sonnabend (29. Sept. bis 1. Okt.)

Großes Doppelprogramm:

Unter der Sonne der Südsee

Ein Bild von seltener Schönheit in 7 Akten
mit Alice Terry und Ramon Novarro in den Hauptrollen

Im Wirbel der Fluten

Drama in 7 Akten. Ferner:

Neuestes aus aller Welt

Vorführungen: 18.30 und 20.30 Uhr

Geschäftsverlegung

Einer geehrten Einwohnerschaft von Pirna u. Umg. zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage meine

Fleischerei

nach der Neuen Dresdner Straße verlege. Es wird auch fernerhin mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft mit guter und schmackhafter Ware zu bedienen.

Hochachtungsvoll

Gustav Schulze, Fleischermeister

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Branche der Bauschlosser!

Freitag den 30. September 1927, 17 Uhr
im Volkshaus, Saal 1

Branchenversammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag über das Arbeitslosenversicherungsgesetz, Referent Kollege Schmidt,
2. Tarifangelegenheit,
3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.

Flugveranstaltungen

Folgende Nummern sind ausgelost worden: 57 74 76 83 87 95 101 111 150 193 225 246 247 298 360 384 462 464 480 509 510 512 519 534 539 543 547 557 563 564 567 586 607 617 651 703 731 732 734 744 747 770 793 798 816 843 844 846 868 877 889 893 927 928 1065

Die Inhaber der Karten mit diesen Nummern müssen sich **Sonntag den 2. Oktober, früh 8.30 Uhr,** auf dem Flugplatz der **Lufthansa AG Dresden-Heller** einfinden. Jeder Teilnehmer hat RM 3.— zu zahlen. Die Gewinnkarten sind nur auf gewerkschaftlich Organisierte übertragbar. Die Fahrteilnehmer sind hoch versichert.

Die Ortsverwaltung.
J. A.: Friedr. Föller.

Kluge Eheleute! Alle sanit. hyg. Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapp[arate]

[…] Fraustadt[…], Dresden-A., Rosstr.[…]

Revolution und Konterrevolution in China

Von Asiaticus.

(Schluß)

2. Die neue Phase der Bauernkämpfe und der revolutionären militärischen Aufstände.

Die Kuomintang besteht nicht mehr als revolutionärer Faktor. Die wirkliche revolutionäre Bewegung, sowohl gegen den Imperialismus, als auch gegen seine halbfeudalen, militaristischen und bürgerlichen Bundesgenossen, geht außerhalb der Kuomintang, ihren Kampf auch gegen die Kuomintang gerichtet, weiter vor sich. Ein Teil der nationalen Bourgeoisie nach dem anderen zerschlug das Kampfbündnis mit den Arbeitern, Bauern und dem radikalen Kleinbürgertum, weil innerhalb der nationalrevolutionären Front sich ein ernster Block der städtischen und ländlichen Armut formierte, der auch die Bourgeoisie von der Führung der nationalen Revolution wegzudrängen begann. Durch die Zerschlagung der Kuomintang, durch den Hinauswurf der Kommunisten und der revolutionären Kleinbürger, durch den blutigen Terror der Generale wurde aber dieser Prozeß nur unterbrochen. Aus der alten Kuomintang verblieb nur der früher revolutionäre Teil der Bourgeoisie, der inzwischen sich in einen offenen konterrevolutionären verwandelte. Die weitere Fortführung der nationalen Revolution ruht gegenwärtig ausschließlich auf den Schultern der städtischen und ländlichen Armut. Diese Klassen und Schichten, die die gewaltige Hauptmasse der Gesellschaft bilden, führen den Kampf weiter. Charakteristisch ist jedoch, daß während dieser Kampf in den Städten, in den wichtigsten Handels- und Industriezentren nur äußerst langsam vor sich gehen kann, die revolutionäre Bewegung auf dem Lande in viel schnellerem Tempo vor sich geht und in verschiedenen Gebieten die Macht des Militarismus sehr ernsthaft bedroht. Die Ursache für dieses Zurückbleiben der revolutionären Bewegung der Arbeiterschaft und des städtischen Kleinbürgertums liegt vor allem in dem engen Bündnis zwischen dem Militarismus und der Großbourgeoisie mit dem Imperialismus, der gerade in den hauptsächlichsten Handels- und Industriezentren auch seine befestigten Positionen inne hat. Jeder isolierte Kampf der städtischen Arbeiter wird durch diese vereinigte Macht in der grausamsten Weise schon im Keime erstickt. Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß in diesen Städten die revolutionäre Bewegung auch der Arbeiterschaft erst im Gefolge von größeren nationalrevolutionären Erhebungen gegen den Imperialismus eine freiere Bahn wird erstürmen können, d. h. in geschlossener Einheitsfront mit dem radikalen städtischen Kleinbürgertum. Die Lage dafür spitzt sich auch immer mehr zu. Der Imperialismus tritt immer brutaler und provokatorischer auf. Das Zusammenarbeiten zwischen den Regierungsstellen der Kuomintang und den imperialistischen Konzessions-Verwaltungen in der Verfolgung der revolutionären Arbeiter und Studenten war selbst zur Zeit der kurzen Herrschaft des Banditengenerals Tschangtunschans in Nanking und Schanghai nicht schamloser als heute. Die Streikbewegung und auch breite Boykottbewegungen gegen England und Japan flammen immer wieder auf, trotz der Verfolgungen der Generale, die gegenwärtig im Zeichen der Kuomintang ihre Henkerarbeit verrichten. Die Politik des englischen und japanischen Imperialismus in den chinesischen Städten beweist auch, wie wenig der Imperialismus sich für die Zukunft auf die Niederhaltung der nationalrevolutionären Bewegung durch den Militarismus verlassen kann und will.

In dem weiteren Hinterland dieser städtischen Zentren ist inzwischen die revolutionäre Bewegung auf dem Lande in eine neue höhere Phase getreten. Während der Nordexpedition organisierte sich die kämpfende Bauernbewegung erst nachdem die nationalrevolutionäre Armee diese Gebiete eroberte. Die organisierten Kampfbewegungen der Bauern in Kwantung, Hunan und Hupei gingen dem Vormarsch der Armee nicht zuvor, sondern folgten ihm. Gegenwärtig sind es meist umgekehrt die kämpfenden Partisanenabteilungen der Bauern, die den Militarismus ersetzen, einzelne revolutionäre Abteilungen von ihm ablösen, sich mit diesen Abteilungen vereinigen und gemeinsam mit ihnen weiter kämpfen. Das Charakteristische bei den Aufständen der Armeen der Generale Holung und Pehting ist es gerade, daß sie zum Teil durch den Kampf der Bauern erst sich von den alten Armeen loslösen oder auch, daß ihre Loslösung zum Teil mit diesem Kampf der Bauernschaft ganz zusammen fällt. Diese militärischen Bewegungen vollziehen sich im südlichen Hunan, im nördlichen Kwantung, in Gebieten, wo die organisierte Bauernbewegung meist bereits jahrelang besteht, schon in den früheren Phasen oft zu den schärfsten Kampfformen gegen die Militaristen und die Gutsbesitzer geschritten ist und niemals auch nicht in der letzten Phase der blutigen Herrschaft, von Litschisen in Kwantung und dem südlichen Fukiengebiet und Tschangschi in Hunan niedergeschlagen werden konnte.

Gleichzeitig darf aber nicht übersehen werden, daß diese Aufstandsgebiete sich noch weit von den eigentlichen Arbeiterzentren befinden und sich nur auf die agrarrevolutionäre Grundlage vorläufig stützen können. Nur wenn es der Bauernbewegung in diesen Gebieten mit Hilfe der Kommunisten gelingt, die militärischen Leitungen den revolutionären Organisationen unterzuordnen, sie in eine richtige revolutionäre Bauernarmee zu verwandeln, kann diese Bewegung tatsächlich ein großer Auftakt werden. Auch das ist natürlich, wenn auch nicht unmittelbar, abhängig vom Gelingen ihres Vormarsches in das revolutionäre Zentrum des Südens, nach Kanton, bzw. von der Erringung derart weiter Gebiete, daß die Basis dieser militärischen Bewegungen sich auch auf die Städte Hunans und Kwantungs ausdehnen kann. Nach den vorliegenden Berichten werden aber diese militärischen Bewegungen Holungs und Pehtings bereits jetzt unterstützt durch Partisanenabteilungen der Bauern und militärische Aufstände auch in anderen Teilen von Hunan und Hupei und auch in Teilen von Honan. Die Presse der Kuomintang und des Imperialismus in China verfolgt mit Besorgnis das immer größere Ausmaß, das diese Kämpfe der Bauern in Verbindung mit den aufständischen Abteilungen der alten Armee annehmen. Das Echo dieser Kämpfe äußert sich bereits in einer größeren Kampfaktivität der Arbeiter und Studenten in den Städten, besonders in Kanton, Wuhan und Schanghai. Die Kampfbewegung breitet sich immer mehr aus, und sie ist im Begriffe, den nationalrevolutionären Kampf, geführt durch die städtische und ländliche Armut, aus dem vorbereitenden Stadium in das eines wirklichen Kampfblockes mit einem größeren Machtzentrum hinauszuführen.

Der reformistische Ueberfall auf den RFB

Wer sind die Arbeiterschädlinge?

Im Vorwärts und in einigen sozialdemokratischen Provinzblättern wird zur Zeit eine Entlastungsoffensive für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und für dessen durch Verhandlungen mit nationalen Verbänden und mit dem Reichswehrministerium bei den Arbeitern schwer kompromittierte Führung geführt.

Zu diesem Zweck werden zwei informatorische Rundschreiben der Bundesführung des Roten Frontkämpferbundes an die Ortsgruppen des RFB über die Lage in den bürgerlichen Wehrverbänden von der sozialdemokratischen Presse als „Dokumente des häßlichen Arbeiterverrates", wie die Chemnitzer Volksstimme schreibt, herangezogen. Die Volksstimme stempelt diese informatorischen Schreiben als „geheime Rundschreiben". Dabei ist alles das, über das sich die sozialdemokratische Presse scheinheilig empört, bereits seit Jahr und Tag in der Roten Front, dem Bundesorgan des RFB, in wiederholten Malen gesagt worden.

Der RFB hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er im Reichsbanner eine Organisation erblickt, die ihren Zielen und ihrer Politik nach arbeiterfeindlich ist. Schon die Tatsache, daß im Reichsbanner die bürgerlichen Parteien statutengemäß zwei zu eins gegenüber der Sozialdemokratie vertreten sind, und daß sich überdies die Sozialdemokraten in der Bundesführung des RB in ihrer grundsätzlichen Einstellung zum bürgerlichen Staat in nichts von den Zentrumsleuten und den Demokraten im RB unterscheiden, zeigt jedem, daß eine solche Organisation nicht den Arbeiterinteressen dienen kann. Denn die Verteidigung der bürgerlichen Republik — das ist bekanntlich die höchste Aufgabe des Reichsbanners — bedeutet die Verteidigung der bürgerlichen Klassenherrschaft und des bürgerlichen Staats- und Machtapparates.

Gegen wen?

Gegen die Arbeiterklasse. Denn sie ist ihren Klasseninteressen gemäß die einzige grundsätzliche Gegnerin der bürgerlichen Klassenherrschaft.

Diese elementaren Kenntnisse der marxistischen Lehren vom proletarischen Klassenkampf fehlen in der Redaktion der Volksstimme und des Vorwärts.

Das Reichsbanner und die Sozialdemokratische Partei, die den bürgerlichen Staat anerkennen und die Arbeiter zu dessen Schutz und Verteidigung aufrufen, begehen damit Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse und des Sozialismus.

Die linke sozialdemokratische Volksstimme und der Vorwärts versuchen den Spieß umzudrehen und bezichtigen den RFB und die Kommunisten des Verrats an den Arbeiterinteressen.

Warum? Weil diese sich bemühen, den Arbeitern im Reichsbanner und in der SPD klarzumachen, daß sie durch ihre Mitgliedschaft in Organisationen, die sich die Verteidigung des bürgerlichen Klassenstaates zur Aufgabe stellen, ihre eigenen Klasseninteressen als Arbeiter schädigen, und daß sie sich aus diesem Grunde mit den Arbeitern in der Kommunistischen Partei und im RFB zum gemeinsamen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse zusammenfinden müssen.

Nichts anderes wird in dem Rundschreiben des RFB gesagt. Daß dieser Versuch zur Sammlung und Gewinnung aller Arbeiter zum Kampfe für die Zertrümmerung der bürgerlichen Klassenherrschaft und für den Sieg des Sozialismus nichts mit „Arbeiterverrat" zu tun hat, ist klar.

Aber diejenigen, die die Arbeiter bewußt irreführen, die gegenüber ihren Arbeiteranhängern vom Kampfe um den Sozialismus reden und gleichzeitig die Voraussetzung dieses Kampfes zu vernichten trachten, indem sie den bürgerlichen Staats- und Machtapparat verteidigen, kann man mit Fug und Recht als Verräter am Sozialismus und an den Arbeiterinteressen bezeichnen.

Die Chemnitzer Volksstimme gibt zu, daß sich das Reichsbanner in einer „schweren Krise" befindet „durch das Abrücken des Zentrums ins Lager der Reaktion". (Und was, beste Volksstimme, sind jene Sozialdemokraten, die mit diesem reaktionären Zentrum verbündet bleiben?) Die Volksstimme nimmt es dem RFB übel, daß er auf die Gefahr einer eventuell entstehenden rein sozialdemokratischen Wehrorganisation aufmerksam macht. Natürlich ist eine solche Organisation eine Gefahr für die Arbeiterklasse, wenn sie ebenso wie das Reichsbanner auf dem Boden des Schutzes der bürgerlichen Republik steht. Und bei der „staatsbejahenden" Einstellung der Sozialdemokraten kann eine solche Organisation keinen anderen Zweck haben.

Die Wiener Juli-Ereignisse sind die Probe aufs Exempel gewesen, wozu auch in einer solchen Organisation die Arbeiter mißbraucht werden. Julius Deutsch, der Führer der sozialdemokratischen Wehrorganisation in Oesterreich, schrieb über die Tätigkeit des republikanischen Schutzbundes während der Aufstandstage:

„Es ist gar nicht auszudenken, was geschehen wäre, wenn der Schutzbund nicht so tatkräftig, wie es der Fall war, mitgeholfen hätte, die Ruhe wiederherzustellen."

Der RFB hat Recht und es ist seine Pflicht als proletarische Organisation die Arbeiter rechtzeitig zu warnen vor einer derartigen Irreführung durch Führer, die den Boden des revolutionären Klassenkampfes längst verlassen haben.

Zum Schluß noch einige Fragen an die sozialdemokratische Presse. Ist es Verrat an Arbeiterinteressen oder nicht, wenn sozialdemokratische Reichsbannerführer mit Führern des Jungdeutschen Ordens und mit Vertretern des Kyffhäuser-Bundes verhandeln? Letzteres hat selbst das sozialdemokratische Volksblatt von Plauen festgestellt.

Ist es Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, wenn sozialdemokratische Reichsbannerführer mit Vertretern des Reichswehrministeriums verhandeln, in welcher Weise die Reichsbannerarbeiter in das neue Wehrsystem für den kommenden Krieg eingereiht werden können?

Für heute nur diese beiden Fragen.

Werbt neue Leser für die „Arbeiterstimme"!

Gewerkschaftliches

ADGB-Ortskartell Brand-Erbisdorf. Donnerstag den 29. September 1927, 20 Uhr, im Restaurant Glückauf: Kartellsitzung. Thema: Rationalisierung und Arbeitnehmerschaft. Referent Kollege Henne. Zahlreiches Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen wird erwartet. Das Gewerkschaftskartell.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenteil: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: „Peuvag", Druckereifiliale Dresden

● ROMAN VON FJODOR GLADKOW

ZEMENT

Aus dem Russischen übertragen von Olga Halpern

Copyright 1927 by Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien, Berlin

(71. Fortsetzung)

Luchawa lief zu Gljeb und packte ihn, vor Müdigkeit keuchend, am Rock.

— Komm sofort mit der Abteilung in das Parteikomitee ... Ab heute nacht haben wir Alarmbereitschaft ... Hinter den Bergen ist ein Kampf im Gange ... Die vereinigten Kräfte der Weißgrünen ... Die Stadt ist bedroht ... Der Bremsberg halb zerstört ... Die letzten Arbeiter sind aus dem Wald geflohen ... Die Rotarmisten haben Verluste vor dem Bremsberg ...

— Was singst du mir da, Teufelsfratze? ... Bremsberg? ... Unser Bremsberg? ... Was singst du mir da? ...

— Ja, unser ... derselbe ... unser ... Beeil dich! Sammelplatz vor dem Parteikomitee!

Gljeb biß die Zähne zusammen, und seine Brust zerdrückte ein tierisches Gebrüll.

Signalfeuer

1. Auf der Wacht

Gljebs Abteilung war auf dem Vorgebirge hinter der Stadt verteilt, das von den Weinbergen und Gemüsegärten der Vorstädte bedeckt war.

Am Tage, während des Exerzierens in der Kaserne, dröhnte hinter den Bergen wie ferner Donner der Atem der Kanonen; hinter den dunstigen Bergrücken ging ein Kampf. Das Detachement zur besonderen Verwendung bereitete sich vor, zur Verstärkung abzumarschieren. In der Nacht verrichtete es Wachtdienst in der Stadt.

Am Tage verfiel die Stadt mit den leeren Straßen einer ungewöhnlichen Stille, einem panischen Schrecken, und in der Nacht starb sie im Dunkel. Im Werke brannte das elektrische Licht nicht mehr und die Fenster der Wohnhäuser waren durch Jalousien und Vorhänge dicht geschlossen. Und nur in den Behörden, zwischen Gewimmel und Tabakrauch, und auf den Straßen zuckten die Einwohner und die Mitglieder der Gewerkschaften, die sich dorthin verirrt hatten, bei ihrer Begegnung geheimnisvoll ihre Augenbrauen. Und Geflüster und Gezisch zog gleichzeitig mit dem Staubwirbel durch die Stadt, und der Bergwind trug es in alle Winkel bis in die Vororte hinein, bis in die Schluchten, wo hinter jedem Strauche, jedem Felsen, ein unsichtbarer Feind versteckt war.

Ein Teil der Frauenorganisation mit Dascha an der Spitze war mit einer Sanitätsabteilung in die Stellungen gegangen, ein anderer Teil bediente unter Poljas Kommando die kommunistische Abteilung in den Kasernen und bereitete den Abtransport der Arbeiterfamilien im Falle einer Evakuierung vor.

Am Tage traf Gljeb einige Male Polja, sie lief, ohne müde zu werden, in die Gewerkschaften, in die Betriebe, in das Parteikomitee, in das Exekutivkomitee. Sie verteilte ihre Frauen zur ständigen Fühlungnahme, überall hin, in alle Organisationen, um die Sache im Gang zu halten und im Falle eines Befehles auf einmal, mit ganzer Wucht und in wenigen Stunden einige tausend Frauen und Kinder evakuieren zu können. Die Züge standen unter Dampf bei dem Werk, auf den Quais und in den Vororten zur Verladung bereit, und der Atem der Lokomotiven verflocht sich mit den Seufzern des fernen Kanonendonners.

Polja hatte schon zwei Tage nicht geschlafen, ihre Augen waren wie im Fieber, und auf ihrem Gesicht brannten typhöse, rote Flecken.

An diesem Tage nahm sie sich eine freie Minute, lief zu Gljeb in die Kaserne und lachte mit ihren trockenen Lippen. Sie merkte nicht, wie das Blut aus ihren gesprungenen Lippen quoll, ihre Zähne rot färbte und sich mit Speichel vermengte.

— Ja, Gljeb ... das ist eben die richtige Arbeit ... Wir haben gelebt, haben Thesen über Gewerkschaften eingepaukt und über die neue ökonomische Politik ... Wir drehten uns auf dem grauen Alltagskarussell. Wir sind auf den Sitzungen bis zur Verblödung blind und taub geworden. Haben Bureaukratismus gezüchtet. Wir haben uns ausgegeben, uns in Berufsbeamte verwandelt. Neue ökonomische Politik ... Ich hörte einmal, wie so ein Wassermensch, ein Taucher, sagte: „Diese neue Politik ist gut, ist gescheit: Wein und Bier, Restaurants zum Trinken und zum Verkaufen. Ja, das ist gut, das werde ich unterstützen und mit Freude dafür stimmen ..." Nein, Gljeb, das wird nicht sein. Der zehnte Parteitag wird diesen Weg nicht betreten ... Nein! ...

Gljeb klirrte mit seinem Gewehr und lachte laut.

— Hüpf nicht wie eine Henne, Genossin Mjechowa. Laß uns nur erst dieser Räuberbande da über den Schädel gehauen haben, dann werden wir diese deine richtige Arbeit zum Teufel schicken. Der Parteitag wird zu Ende gehen, und dann werden wir die berühmte neue ökonomische Politik ankurbeln. Und deinen Taucher, den werden wir in die Verwaltung der Kommune stecken. Soll er nur dort alle möglichen Restaurants züchten und Geld herausschlagen.

Polja fuhr erschrocken zusammen und ihre Augenbrauen zuckten vor Wut.

— Das wird niemals geschehen ... Die Partei kann diese Frage nicht in dieser Weise behandeln, wie ihr es alle tut. Wir können die Revolution nicht verraten. Das wäre ärger als der Tod. Das ist unmöglich. Die Intervention ist geschlagen, die Blockade ist ein sinnloses Abenteuer. Unsere Revolution hat die ganze Welt angezündet. Das Proletariat der ganzen Welt ist mit und für uns. Die Reaktion ist machtlos. Ist nicht auch die neue ökonomische Politik eine Reaktion, eine Restaurierung des Kapitalismus? Nein, das ist Unsinn, Gljeb.

— Was du da redest! ... Wie kann man das Reaktion nennen, wenn es um den Bauern und die Produktion geht?

— Ich verstehe das nicht, wie ist es also, es sollen wieder Märkte existieren? Wieder die Bourgeoisie? .... Willst du denn, daß man den Kapitalisten eine Konzession für unser Werk gibt? Darüber hat man heute erst im Exekutivkomitee gesprochen. Man sagt, Schramm habe einen Bericht in die Zementzentrale geschickt. Wirst du dich darüber freuen, ja? Gefällt dir so eine Reaktion, ist sie nach deinem Geschmack?

Auf ihrem blassen Gesicht, auf den Backenknochen brannten rote, zerrissene Flecken, und auf ihrer Stirn und Oberlippe glänzten Schweißtröpfchen.

Gljebs Gesicht wurde grau, und ganz erschüttert beugte er sich zu Poljas Augen.

— Was, was, Genossin Mjechowa? Eine Konzession? Was faselst du da? Die Arbeiter sollen ihr Werk dem Bourgeois geben? Beim Teufel ... Ich werd's ihnen zeigen, was das heißt ... eine Konzession ... diesem Gesindel ..

— Aha, das sitzt! ... Ja, das ist eben deine neue ökonomische Politik ... Versuch es nur, sie anzukurbeln! ... Konzessionen, Restaurants, Märkte, Kulaken, Spekulanten ... Wirst vielleicht etwas Tröstendes über die Arbeitergenossenschaften sagen? ... Naturalsteuer ... Genossenschaften ... vielleicht braucht man das alles ... aber nur kein Rückzug, nur nicht das! ... Den Heldentod für die unsterbliche Revolution ... gut! einen Weltenbrand entzünden, ihn vertiefen, die erkämpften Stellungen nicht verlassen, sondern neue im Kampf nehmen! ... So soll es sein! ...

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitersport

Turnspiele, 8. Bezirk.

Raffball. Deuben 1—Pesterwitz 1 4:7 (Protest). D. mit Ersatz mußte sich von P. eine Niederlage gefallen lassen.

Pesterwitz 1 Sportl.—1885 1 Sportl. 0:1. Ein von Anfang bis Ende schönes und flottes Spiel. 1885 war etwas überlegen. Das Spiel hinterließ den besten Eindruck.

Deuben 1. Jgd.—Cossmannsdorf 1. Jgd. 1:3.

Handball. Deuben 1—Radberg 1 1:0.

Weitere Spiele wurden nicht gemeldet oder fielen dem Wetter zum Opfer.

Neuansetzungen in der Raffballserie. Es finden statt: Am 9. Oktober: Nr. 31 10 Uhr (in Birkigt); Nr. 32 10 Uhr; Nr. 47 15 Uhr; Nr. 67 11 Uhr (in Döhlen); Nr. 82 (?); Nr. 106 9 Uhr. 16. Oktober: Nr. 20 10 Uhr; Nr. 81 10 Uhr (in Schmiedeberg). Die Schiedsrichter bleiben dieselben.

Spielwarte! Die Telephonzentrale ist jetzt von 17—18 Uhr geöffnet. **Meldet pünktlich**

•

Freie Turnerschaft Heidenau, Turnspielabteilung.

Raffball: Heidenau 1—Dresden-Neustadt 1 7:1 (abgebrochen).

Neustadt, eine kampferprobte Mannschaft, wurde von Heidenau glatt und ziemlich hoch geschlagen. Gleich als der Unparteiische das Leder freigab, bemerkte man eine leichte Ueberlegenheit der Heidenauer, die im Laufe des Spieles immer mehr zunahm. Die in gleichen Abständen geschossenen Tore waren alle einwandfrei. Warum verließ deshalb die gesamte Mannschaft von Neustadt das Spielfeld, wenn der Torwächter fand wenn es der Spielführer für sich gekränkt fühlt, weil er herausgestellt werden sollte wegen unsportlichen Benehmens gegenüber dem Schiedsrichter? Sportgenossen, das ist kein schönes sportliches Zeugnis von euch. Bei der hohen Niederlage der Neustädter muß noch berücksichtigt werden, daß sie mit Ersatz angetreten sind und sich deshalb gegen die gute Heidenauer Mannschaft schlecht durchsetzen konnten. R. P.

Turnspiele, 4. Gruppe im 2. Bezirk. 29. September: Gruppenspielleitersitzung bei Voigt, 20 Uhr. Jeder Vereinsspielleiter hat zu erscheinen.

Freie Turn- und Sportvereinigung Dohna. Die Turnstunden werden bis auf weiteres im Müglitztal auf dem Saal abgehalten, da die Turnhalle innen neu vorgerichtet wird. Nächste Uebungsstunden: Mittwoch den 28. September, und Sonnabend den 1. Oktober, für Turner; Donnerstag den 29. September, für Turnerinnen. Anfang 7 Uhr.

Kartell für Kultur-, Sport- und Körperpflege, Zschachwitz. Ordentliche Sitzung am 30. September 1927, 19,30 Uhr, im Sportheim. Wichtige Tagesordnung.

Gewerkschaftliches

Alle im Verkehrsgewerbe beschäftigten KPD-Genossen werden eingeladen, am 29. September, 19,30 Uhr, im Prinzessinnenhof, Berliner Ecke Peterstraße zu erscheinen. Thema: „Was hat der IGB-Kongreß uns gebracht?“

Partei- und Gewerkschaftsbuch ist mitzubringen.

•

Alle Metallarbeiter von Dresden-Neustadt

gehen heute, Mittwoch abend, in die um 19 Uhr im Reichsbanner (Reichskrone) stattfindende Metallarbeiter-Versammlung. Die Versammlung ist öffentlich, so daß die Möglichkeit besteht, Unorganisierte mitzubringen.

Oppositionelle Metallarbeiter, unterstützt die Werbeaktion des DMV!

•

Alle Metallarbeiter von Dresden-Altstadt

gehen am Donnerstag dem 29. September in die 19 Uhr im Keglerheim, Friedrichstraße, stattfindende

öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Jeder oppositionelle Metallarbeiter macht sich zur Pflicht, mindestens einen nichtorganisierten Kollegen mitzubringen.

Konsumverein Vorwärts

Konfektion Textil- u. Schuhwaren

Warenhäuser:
Große Zwingerstraße 12/14
Königsbrücker Straße 38
Kesselsdorfer Straße 22

Spezial-Verteilungsstellen:
Markgraf-Heinrich-Straße 31
Freital-Deuben, Obere Dresdner Straße 104
Dresden-Leuben, Stephensonstraße 17

Täglich Eingang von

Herbst- und Winter-Neuheiten

Mädchen- und Damen-Mäntel

moderne Stoffe, neueste Fassons, in allen Preislagen bei größter Auswahl

Herrenmäntel, Ueberzieher, Anzüge, Joppen, Hosen, Berufskleidung

Extra-Angebot in Baumwollwaren

Trotz der riesigen Erhöhung der Rohprodukte verkaufen wir infolge rechtzeitiger großer Abschlüsse zu alten Preisen

Hemdentuch	M. 1.10 bis 0.65	Rohbarchent	M. 1.20 bis 0.90
Renforcé	M. 1.20 bis 0.90	Gebleichter Barchent	M. 1.60 bis 0.90
Makotuch	M. 1.30 bis 1.00	Militärbarchent	M. 1.20 bis 0.95
Linon	M. 1.20 bis 0.80	Rohnessel, 86 cm breit	M. 0.85
Velourbarchent	M. 1.60 bis 0.68	Rohnessel, 140 cm breit	M. 1.50

Nur prima Qualitäten

Günstiger Gelegenheitskauf in Schuhwaren

Herrenstiefel, Boxkalf, braun, Rahmenarbeit	M. 16.50	früher M. 22.50
Herrenstiefel, Boxkalf, schwarz, Rahmenarbeit	M. 16.50	früher M. 22.50
Herren-Halbschuhe, Boxkalf, braun, Rahmenarbeit	M. 16.50	früher M. 21.50
Herren-Halbschuhe, Boxkalf, schwarz	M. 13.50	früher M. 18.50
Damen-Spangenschuhe, farbig	M. 9.50	früher M. 16.50
Damen-Spangenschuhe mit farbigen Besätzen	M. 10.75	früher M. 17.50
Damen-Spangenschuhe mit farbigen Besätzen	M. 13.50	früher M. 18.50

Ein großer Posten Einzelpaare in Damen- und Herrenschuhen spottbillig

Solange der Vorrat reicht

Nur beste Qualitäten